

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der unstrittenen Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 54, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,50. Monatlich 55 Pf. Postanweisung Nr. 4062 a. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., anderwärtsige Anzeigen 20 Pf., Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 70.

Donnerstag, den 23. März 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 21. März 1899.

Aus dem Reichstage. Der Reichstag hat heute die dritte Beratung des Etats beendet und ist bis zum 11. April in die Osterferien gegangen. Bei einer dritten Lesung des Etats bietet das Haus immer einen besonders eigenartigen Anblick. Auf der Bundesrathsempore sind gewöhnlich mehr Menschen als unten im Saale. Da oben sind nicht nur die Staatssekretäre und Minister, sondern auch eine Anzahl von Geheimräthen und Kommissaren versammelt. Für alle die Herren giebt es natürlich nicht entfernt Sitzgelegenheit, die meisten müssen stehen und meist ohne daß sie irgend etwas zu thun bekommen. Aber es könnte ja sein, daß irgend ein Abgeordneter in irgend einer Detailfrage irgend welche Aufklärung verlangt und da muß der Herr Geheimrath einspringen und entweder selbst das Wort ergreifen oder seinen vorgesetzten Ressortchef informieren. Beneidenswerth ist das Loos der Kommissare an solchen Tagen gewiß nicht. Man sieht es ihnen an, wie sie sich langweilen, aber sie stehen da unentwegt in eiserner Reihe an die Mauerwand oder die Stühle oder die Holzverkleidung des Präsidentensitzes gelehrt, so daß man für sie den Ausdruck Pilaster im übertragenen Sinne anwenden kann. — Im Gegensatz zum Anfang der Etatsdebatte am Montag wickelte sich heute die Beratung des großen noch übrig gebliebenen Restes schnell und glatt ab. Die meisten Etats wurden überhaupt debattelos erledigt. — Beim Auswärtigen Amt gab es eine kleine Cecil Rhodes-Diskussion. Beim Militärstat brachte Genosse Webel noch einmal das Hatzspiel unter den Offizieren und den bekannten Fall des Reservisten Griebe zur Sprache, der vor Gericht nach seinem politischen Glaubensbekenntnis befragt, schließlich unter dem Eide seine sozialdemokratische Gesinnung bekennen mußte und dafür von der Militärbehörde bestraft worden ist. Der Kriegsminister suchte die Spieler-Affäre wieder zu vertuschen, im Falle Griebe konnte er noch keine definitive Antwort geben, weil die Rückäußerung des Königsberger General-Kommandos noch fehlte. Es ist das sehr bedauerlich. Jetzt wird man kaum vor dem nächsten Jahre etwas von der Erledigung des Falles erfahren. Verwunderlich bleibt die Thatsache, daß die Rückäußerung noch nicht erfolgt ist, denn der Herr von Gofler hat ausdrücklich erklärt, daß er um schnelle Information ersucht hat. Sonst schießen die Preußen doch schneller! Zwischen dem Kriegsminister und dem Genossen Webel kam es übrigens zu einem heftigen Zusammentreffen, da Herr von Gofler von den Verdächtigungen Webels gesprochen hatte. Erst mit dem Eingreifen des Präsidenten fand dieser Zwischenfall seine Erledigung. — Beim Marineetat besprach der Abg. Richter die Abschaffung des Oberkommandos bei der Marine und bemängelte die vollständige Umgehung des Reichstags in der ganzen Angelegenheit. Geradezu klassisch war die Antwort des Herrn Tirpitz. Er meinte, diese Befreiung hätte ohne Geldkosten erfolgen können, deshalb brauche also der Reichstag nicht gefragt zu werden. Wenn schließlich doch Kosten entstanden seien, — es ist nämlich die Stellung eines General-Inspektors neu geschaffen worden — so würde der Reichstag in einem Nachtragsetat davon Kenntnis erhalten. — Schließlich gab es beim Postetat noch ein kleines Schermüßel zwischen unserm Genossen Singer und Herrn Bobbielski. Genosse Singer nahm sich in kräftigen Worten der Postunterbeamten an und versuchte dem Staatssekretär klar zu machen, daß er mit seinen fortgesetzten Maßregelungen die Postunterbeamten nur immer mehr in's sozialdemokratische Lager treibt. Doch der Postgeneral wird sich auch künftig in seinen Maßregelungen nicht stören lassen, da die Mehrheit des Reichstags eine von freisinniger Seite gestellte Resolution ablehnte, welche sich gegen die Maßregelungen aus Gründen des privaten Verhaltens der Postbeamten aussprach.

Der Präsident entließ die wenigen noch anwesenden Abgeordneten mit einem Ostergruß. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung stehen nur unwichtige Dinge, wie Rechnungssachen und das Flaggenrecht der Rauffahrtsschiffe.

11. Sitzung, Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf von Posadowski, Freiherr v. Tzieltmann, Lieberding, v. Sklow, v. Gofler, v. Bobbielski.

Nach debatteloser Erledigung einer Reihe von Rechnungssachen wird die dritte Lesung des Etats (Spezialdiskussion) fortgesetzt.

Beim „Auswärtigen Amt“ fragt Richter (Fp.), zu welchem Ergebnis die Verhandlungen mit Cecil Rhodes über den Bau einer durch das ostafrikanische Schutzzgebiet führenden Telegraphen- und Bahnlinie geführt haben.

Staatssekretär v. Sklow: Ueber die Telegraphenlinie durch unser ostafrikanisches Schutzzgebiet ist mit der transafrikanischen Telegraphengesellschaft ein Abkommen getroffen worden, durch welches unsere Vorkaufsrechte und unsere Interessen in jeder Hinsicht gewahrt worden sind. Die Gesellschaft erhält die Erlaubnis, die in Rede stehende Linie auf ihre Kosten durch deutsches Gebiet zu legen. Der Bau muß spätestens in fünf Jahren beendet sein. Die Angelegenheiten der Gesellschaft sind während ihres Aufstehens in Deutschland den deutschen Gesetzen unterworfen und haben den Bestimmungen des deutschen Gouvernements Folge zu leisten. Die deutsche Regierung hat sich das Recht vorbehalten, Telegraphenleitungen in Deutschschutzbahafrika zu errichten. Nach Ablauf von 40 Jahren kann die deutsche Regierung die Linie unentgeltlich übernehmen. In jeder Beziehung wird dafür gesorgt werden, daß unsere Rechte nicht verletzt werden. (Bravo! rechts.)

Beim Kolonialamt haben die Abgg. von Kardorff (M.), Lieber (L.) folgende Resolution eingereicht:

„Der Herr Reichstagler zu ersuchen, noch während der gegenwärtigen Tagung des Reichstages denjenigen Betrag in Anforderung zu bringen, welcher zur Entschädigung der Gebr. Dehardt für den durch Abtretung des Sultanats Witu an England demselben erwachsenen Schaden notwendig ist.“

Nach kurzer Debatte wird die Resolution einstimmig angenommen.

Kolonialdirektor von Buchta theilt mit, daß die in zweiter Lesung vom Reichstag angenommenen Veränderungen in dem Vertrage mit der Neu-Guinea-Gesellschaft von letzterer angenommen worden sind.

Das Kolonialamt wird hierauf bewilligt.

Beim Etat des Reichsamt des Innern bemängelt Bed (M.) die kürzlich erlassene Verordnung des Bundesraths, betr. den Betrieb der Hochhaarspinnereien und Wästen- und Wollfabriken. So wünschenswerth die Fürsorge für die Arbeiter auch sei, so dürfe doch der hygienische Schutz nicht so weit gehen, daß die Industrie dadurch völlig lahm gelegt werde.

Staatssekretär Graf v. Posadowski: Die Verordnung ist erlassen worden, nachdem wir außer Arbeitern auch zahlreiche Arbeitgeber und das Reichsgesundheitsamt gehört haben. Sie gefährdet die Industrie nicht und bleibt vorläufig bestehen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Graf v. Bernstorff-Welzen begründet folgenden Antrag: an die verbündeten Regierungen das Ersuchen zu richten, behufs Ausdehnung der forstlichen Statistik und Durchführung des unterm 9. August 1874 aufgestellten Programms für dieselbe eine geeignete forstliche Kraft in das statistische Amt einzustellen.

Die Resolution wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen.

Dertel (SD.) hält im Gegensatz zum Abg. Bed die Bestimmungen der Verordnung zum Schutze der Arbeiter in Wästen- und Wollfabriken nicht für ausreichend. Die Versuche, Schweinsborsten mit strömendem Wasserdampf zu desinfizieren, haben ergeben, daß die zwangsweise Einführung dieses Verfahrens eine Schädigung der Industrie bedeuten würde; das wollen wir natürlich nicht. Aber nach dem Urtheil der Sachverständigen werden Wästen- und Hochhaars durch strömenden Wasserdampf desinfiziert, ohne Schaden zu erleiden. Solange diese Art der Desinfektion nur erlaubt, nicht geboten ist, werden die Unternehmer das zweifelhafte Kochen vorziehen, da es viel bequemer und billiger ist. Dies Verfahren nützt nichts; die Milzbrandbakterien leben trotzdem weiter. Ferner können wir nicht einsehen, weshalb das inländische Material von der Desinfektion ausgeschlossen ist. Wenn eine Ansteckung vorkommt, kann gar nicht entschieden werden, ob sie durch inländisches oder ausländisches Material herbeigeführt wurde. Uns liegt vor allem daran, endlich diese schreckliche Krankheit, den Milzbrand, energisch zu bekämpfen.

Bed (Fp.) schließt sich im Allgemeinen den Ausführungen des Ständeherrn an.

Staatssekretär Graf Posadowski bittet, zunächst die Erfordernisse abzuwarten, die die Ausführung der Verordnungen erfordern.

Damit schließt die Debatte. Das Kapitel wird bewilligt, ebenso der Rest der Ausgaben, sowie die Einnahmen.

Beim Militärstat bringt

Bed (SD.) nochmals den Fall des Reservisten Griebe zur Sprache. Griebe hat erst, nachdem er die Strafe angetreten hat, erfahren, daß dieselbe wegen seiner Jünglingsanlage erfolgt sei. Griebe hatte mit einem anderen Genossen Wahlflugblätter ausgetragen, dabei wurden Beide überfallen. Griebe rettete sich durch die Flucht; sein Genosse wurde aber schwer mißhandelt und hat sich bei seiner Klage auf Griebe als Zeugen berufen. Derselbe wurde, während er gerade als Reservist diente, vorgeladen. Er wurde verurteilt und dann erst gefragt, ob er Sozialdemokrat sei. (Hört, hört!) Er nahm anfangs Anstand diese Frage zu beantworten, da er ahnte, daß er damit irgend einen Verstoß begehe. Erst als der Vorsitzende ihn auf die Folgen seiner Auslagerungsverweigerung aufmerksam machte, gab er keine Antwort, „in Civil ja“. Der Mann wurde also genöthigt, zu antworten und dann hinterdrein für die Antwort bestraft. Ich hoffe, daß die Militärbehörde jetzt dafür sorgen wird, daß dem Mann Gerechtigkeit widerfährt. (Bravo! links.) — Entgegen der Behauptung des Herrn Kriegsministers, daß an dem Klub der Harmlosen aktive Offiziere nicht theilhaftig seien, hat sich jetzt herausgestellt, daß von 42 Anwesenden nicht weniger als 26 in Uniform erschienen waren. (Hört, hört!) Es giebt übrigens noch einen zweiten Klub, den Turfklub, in dem noch mehr gespielt wird,

als in dem Klub der Harmlosen, und auch da sind aktive Offiziere theilhaftig, ferner Beamte, ein Herr, der sich in sehr hoher Stellung bei Hofe befindet, ein erbliches Herrenhausmitglied usw. Hoffentlich sorgt der Kriegsminister nun für Abstellung dieses Unlags. Nach einer Kabinettsordre dürfen Offiziere überhaupt keinem Klub theilhaftig sein, bevor sie die Genehmigung ihres Kommandeurs erhalten haben. Diese Kabinettsordre wird aber dadurch umgangen, daß die Offiziere sich sogenannte Jahreskarten ausstellen lassen, die sie zum neuen Besuch der Klubs berechtigen. Trotzdem können sie dann auf Ehrenwort versichern, daß sie nicht Mitglieder des Klubs sind. (Hört, hört!) Ich bitte den Herrn Kriegsminister um Auskunft, wie er über Derartiges denkt.

Kriegsminister v. Gofler: Herr Webel hätte mir auch die Unterlagen mittheilen sollen, aus denen er seine Kenntniß schöpft. Wenn ich dies Material hätte, würde ich allerdings Sr. Majestät bitten, eine Untersuchung darüber einzuleiten. Eintheilen muß ich keine Angabe über den Turfklub bezweifeln. Was den Fall Griebe anlangt, so habe ich den Kommandeur seiner Zeit um schleunige Auskunft ersucht. Leider ist diese Information noch nicht eingetroffen und ich bin daher nicht in der Lage, mich über den Fall äußern zu können. (Sr. Weiterfert links.)

Baron de Schimidt (L.) bittet um möglichste Schonung der eilfälligen Vorbereitungen bei Manövern.

Kriegsminister v. Gofler: Gossentlich wird bald ein Uebungsplay geschaffen, um die Uebungen im Gelände einschränken zu können.

Camy (M.) wünscht mehr Garnitionen für die Provinz Westpreußen.

Webel (SD.): Ich bedauere sehr, den Herrn Kriegsminister abschlägig bescheiden zu müssen, ich gebe ihm das Material nicht. Nachdem ich ihm Thatsachen angeführt und ihn auf den Artikel des „Berl. Tageblatt“ verwiesen habe, glaube ich, liegt für ihn Veranlassung genug vor, der Sache amtlich näher zu treten.

Kriegsminister v. Gofler: Gegen das Tageblatt vorzugehen, liegt keine Veranlassung vor, da es keine Namen genannt hat. Sozialdemokratische Blätter nennen gewöhnlich Namen und wir müssen dann die Angegriffenen schützen. (Widerspruch links.) Ohne näheres Material kann ich in der Spielerelegenheit nichts thun.

Webel (SD.): Hisher war es nicht Sitte, ein Blatt unbehelligt zu lassen, welches beleidigende Thatsachen gegen Angehörige der Armee vortrachte. Ich wiederhole, daß meiner Ueberzeugung nach die Thatsachen, die das „Berl. Tageblatt“ anführt, auf Wahrheit beruhen, und daß das Tageblatt dem Kriegsminister mit werthvollem Material dienen könnte. Ich will Niemandem denutzeln und habe die Sache nur zur Sprache gebracht, damit die Herren vorsichtiger werden.

Kriegsminister v. Gofler erklärt, daß er auf bloße Verdächtigungen hin nichts anfangen könne.

Webel (SD.): Hier von Verdächtigungen zu sprechen, hat der Kriegsminister kein Recht. Was ich hier vorgetragen habe, sind Thatsachen.

Präsident Graf Balleskremer: Ich habe es so aufgefaßt, als hätte der Herr Kriegsminister nur objektive Verdächtigungen im Sinne gehabt. (Oh, oh! links.)

Webel (SD.): Das ist Auffassungsfrage. Ob ich auf die Spielereffäre noch näher eingehen werde, hängt davon ab, wie sich der Kriegsminister künftig zu der ganzen Angelegenheit stellen wird. Wenn ich dem Kriegsminister mein Material einhändigen würde, würde er Angriff machen über die Namen, die in die Affäre verwickelt werden könnten. (Weiterfert.)

Der Militärstat wird bewilligt, ebenso die Konsequenzen aus den Veränderungen in der Organisation des Reichsheeres.

Beim Marineetat theilt Staatssekretär Tirpitz mit, daß der Kaiser gewisse organisatorische Veränderungen in dem Marinekommando vorgekommen habe durch Aufhebung des Oberkommandos und Zerlegung des Kommandos in einzelne Theile. Die Wirkung dieser Veränderung auf den Etat wird in einem Nachtragsetat zum Ausdruck gelangen.

Richter (Fp.) hat die bisherige Organisation des Kommandos stets für eine verfehlte gehalten. Die in Aussicht gestellte Einrichtung eines Generalinspektors wirkte früher einmal in Preußen, hat aber nur nachtheilige Folgen gehabt. Man kann aber überhaupt keine neue Stellung schaffen, ehe der Reichstag die Befolgung derselben bewilligt. Trotzdem soll die Stelle bereits besetzt sein. Ich behalte mir vor, bei Gelegenheit des Nachtragsetats auf diese Sache ausführlich einzugehen. (Bravo! links.)

von Kardorff (M.) findet, daß der Standpunkt der Regierung durchaus korrekt sei und das budgetaire Recht des Reichstages nicht antaste.

Das Marineamt wird bewilligt, ebenso die Verwaltung des Gouvernements Kantischou.

Der Reichsjustizetat wird debattelos genehmigt.

Beim Reichsfinanzetat fragt

Schmidt-Warburg (B.) an, welche Stellung der Staatssekretär seit der in der zweiten Lesung in Aussicht gestellten Prüfung zu der Frage der Geltendmachung der Verzählung gegenüber dem Ansprüchen der Militärämter auf Nachzahlung von Gehaltszulagen eingenommen habe.

Schachsekretär Frhr. v. Tzieltmann erwidert, daß eingeforderte Material sei noch nicht eingegangen; jedenfalls könne die Sache hier nur vom Standpunkt des Rechts angefaßt werden.

Singer (SD.): Ich muß mich sehr darüber wundern, daß der Herr Schachsekretär heute plötzlich den Rechtsstandpunkt hervorhebt, während der Herr Staatssekretär des Reichspostamts nützlich ausdrücklich betont hat, daß Billigkeitsgründe für die nachträgliche Auszahlung der Gehälter sprechen; aber auch in der rechtlichen Frage befindet sich der Herr Schachsekretär im Irrthum: Das Reichsgericht hat ausdrücklich den Normen für die Militärämter bindende Kraft zugesprochen und das Kammergericht hatte einen speziellen Fall zu Gunsten eines solchen Beamten entschieden. Ich verstehe es daher nicht, warum man diese Leute, deren ökonomische Lage eine äußerst prekäre ist, immer noch warten läßt und ihre

berichtigten Ansprüche nicht sofort erfüllt. Ich erwarte, daß der Staatssekretär dem Wunsche des Reichstages nach dieser Richtung hin noch im Nachtragetat Rechnung trage.

**Schlagkretzer v. Thielmann** erwidert, daß die betr. Offisen noch nicht vollständig aufgestellt seien.

Der Etat wird bewilligt, ebenso die Etats des Reichseisenbahnamts, der Reichsschuld, des Rechnungshofes und des Invalidenfonds.

Beim Etat der Pölle und Verbrauchsteuer beantragt Graf v. Schwerin-Uwity die schon in zweiter Lesung beantragte Resolution betr. die anderweitige Bemessung des Konbementes für Exportrecht und betr. den Erlaß eines Surrogatvertrags bei der Vorbereitung einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überwachen.

Der Antrag Schwerin-Uwity wird angenommen.

Der Etat wird bewilligt.

Beim Post-Etat kommt

**Miller-Sagan (FVp)** auf die Personalreform in der Postverwaltung zurück. Er bedauert insbesondere, daß für die mittlere Beamtenlaufbahn schon die absolvierte Obertertia genügen soll; diese Leute haben dann eine Halbbildung im schmalsten Sinne des Wortes. Mehner spricht schließlich die Hoffnung aus, daß man nun endlich mit dem System der Stellenzulagen brechen werde.

**Staatssekretär von Podbielski**: Ich hoffe, die Personalreform wird mit dem nächstjährigen Etat eintreten können, natürlich nur Schritt für Schritt. Daß die Bildung mit der Obertertia nicht abgeschlossen ist, gebe ich dem Vorredner zu; aber es ist schwer, eine Grenze zu ziehen.

**Singer (SD)**: Ich möchte dem Herrn Staatssekretär einen Wunsch vorbringen, der die etatsmäßige Anstellung der Unterbeamten betrifft. Wie mir bekannt wird, avancieren die Unterbeamten innerhalb einzelner Oberpostdirektionen, nicht innerhalb des ganzen Reichspostgebietes; und sie meinen, daß sie dadurch im Avancement zu kurz kommen. Vielleicht läßt der Herr Staatssekretär diese Frage in Erwägung. Noch etwas Anderes möchte ich zur Sprache bringen. In Hamburg ist der dortige Verein der Unterbeamten von der Postverwaltung boykottiert worden; und den Beamten wurde ein Schriftstück vorgelegt, in welchem sie gefragt wurden, ob sie Mitglieder des Verbandes seien und bejahenden Falles aufgefördert wurden, bis zum 10. April den Austritt aus dem Verein zu bewirken. Der Antrag zu dieser Verfügung soll folgender sein: Der Vorsitzende des Hamburger Unterbeamtenvereins, ein Briefträger, soll sich des Verbrechens schuldig gemacht haben, dem in Braunschweig entlassenen Postschaffner Schmidt in Hamburg zu einer Bierwirtschaft verholfen zu haben. Eine solche Maßregelung, wie das Verbot an sämtliche Unterbeamten, dem Verein beizutreten, halte ich für einen Gewaltakt. Wenn Sie, Herr Staatssekretär, wirklich glauben, sich in solcher Gestalt um die privaten Angelegenheiten kümmern zu dürfen, dann verdienen Sie nicht den Namen, mit dem Sie sich so gern schmücken, eines humanen Vorgesetzten, sondern den eines Despoten! (Beifall links)

**Vizepräsident von Frege**: Dieser letzte Ausdruck war nicht parlamentarisch.

**Singer (SD)**: Aber wahr!

**Staatssekretär von Podbielski**: Die Sache ist nicht so harmlos, wie Herr Singer sie dargestellt hat. Der entlassene Postschaffner Schmidt hat sich an den Lokalverband der Hamburger Unterbeamten gewandt; und die im Vorstände befindlichen Unterbeamten haben einer Brauerei gegenüber die Verpflichtung übernommen, daß sie für die Bezahlung des Bieres, welches dieser Mann übernimmt, haften würden. Außerdem ist der Baden gerade gegenüber der Hamburger Oberpostdirektion aufgemacht worden. Das ist eine direkte Verhöhnung! (Widerspruch links.) Damit wollen die Beamten gegenüber der Postdirektion zum Ausdruck bringen, daß sie mit dem Entschluß ihrer vorgesetzten Behörde nicht einverstanden sind. (Sehr richtig! rechts.) Glauben Sie mir, meine Herren, ich bin bemüht, die Beamten streng gerecht zu behandeln. Aber ich möchte hier ein Wort des Tag. Webel zitieren. Er sagt in seinem Zukunftsstaat: „Dienstzucht muß sein.“ (Beifall links.)

**von Karborff (AP)** dankt dem Staatssekretär für sein energisches Eingreifen. Eine so große Beamtenorganisation kann nur durch strengste Disziplin aufrecht erhalten bleiben.

**Singer (SD)**: Herr von Karborff scheint zu meinen, daß man die Vorwürfe, die einem Chef über Terrorismus gemacht werden, damit zurückweisen kann, daß man auf die Disziplin hinweist.

**Vizepräsident von Frege**: Der Ausdruck Terrorismus ist unzulässig. Ich rufe den Abg. Singer zur Ordnung.

**Singer (fortf.)**: Es ist schlimm genug, daß es so weit mit der Redefreiheit des deutschen Reichstages gekommen ist. (Sehr wahr! links.) Der Herr Staatssekretär hat keine meiner Worte zu widerlegen vermocht. Charakteristisch war es für mich gerade bei diesem Staatssekretär, der doch als alter Soldat immer die Solidarität und Kameradschaftlichkeit betont, daß er es hier als besonderes Verbrechen ansieht, wenn die Postbeamten einem ehemaligen Kollegen helfen, eine wirtschaftliche Existenz zu gründen. Was haben denn jene sechs Beamten getan, über die sich der Herr Staatssekretär so sehr aufhält? Genau dasselbe, was in all den Sparvereinen, Genossenschaftsvereinen u. hundert Mal geschieht und zwar mit Billigung der Behörden. Der Herr Staatssekretär scheint die fixe Idee zu haben, daß er sich Eingriffe in das Privatleben seiner Beamten erlauben darf. Er beruft sich auf das Buch von Webel, wo von Dienstzucht die Rede sein soll. Webel hat aber wohl kaum diesen Ausdruck gebraucht, sondern höchstens von Disziplin gesprochen. Diese verlangen wir auch, aber nur dort, wo man ein Recht hat sie zu verlangen, also innerhalb des Dienstes, den die Beamten thun müssen. Daß der Betreffende sein Lokal gerade in der Nähe der Post aufgeschlagen hat, ist doch ganz natürlich, er rechnet eben auf die Kundschafft der Postbeamten. Ob die Postverwaltung durch derartige Manipulationen die Freundschaft und Arbeitslust der Beamten fördert, das ist mir doch sehr fraglich. Wunders Sie sich nicht, meine Herren, daß die Beamten dann dadurch, daß sie ihre Zuflucht zur Sozialdemokratie nehmen, für die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen sorgen. (Zuruf: Freuen Sie sich doch darüber!) Nein, meine Herren, darüber freuen wir uns nicht. (Oh! rechts.) Es liegt und eben viel weniger an ein paar laufend Stimmen der Unterbeamten, als daran, daß wir ihnen helfen. (Wiele Zurufe und Lachen rechts.) Ja, meine Herren, Sie verstehen das natürlich nicht. (Lachen rechts.) Wir bekämpfen eben das, was wir für ungerecht halten, mag es nun unserer Partei nützen oder nicht. (Ironisches Bravo! rechts.) Ich will noch einmal konstatieren, daß die Reichspostverwaltung sich Maßregelungen erlaubt hat, wie sie kein anständiger Privatindustrieller anwenden würde. (Oh! rechts; lebhaftes Bravo! links.)

**Vizepräsident v. Frege**: Diese Kritik war unzulässig! (Große Heiterkeit.)

**Staatssekretär v. Podbielski**: Es erscheint mir möglich, darüber zu streiten, ob das Wort Dienstzucht die deutsche Uebersetzung des Wortes Disziplin darstellt. Jedemfalls steht es fest, daß, wenn die Herren Sozialdemokraten jemals die Macht in ihre Hände bekommen sollten, sie den schärfsten Terrorismus auf ihre Beamten ausüben würden. Da dürfte Niemand anders Beamter sein als ein waschechter Sozialdemokrat. (Lachen links.) Ebenso aber können Sie es von dem jetzt zu Recht bestehenden Staate nicht verlangen, daß er Sozialdemokraten als Beamte duldet. Sie dürften sich auch nicht darüber beschweren, daß er das Privatleben seiner Beamten beeinflusst; im Paragraphen X des Beamtengesetzes wird ihm dieses Recht ausdrücklich zugestanden. Was die Bekämpfung der Unterbeamten innerhalb ihrer Postbezirke anlangt, so halte ich hier eine große Zentralisation nicht für glücklich; denn der Postbeamte hängt viel zu sehr an seiner Scholle. (Beifall rechts.)

**Graf v. Sibirg-Stirn (R)** hält das Verfahren des Staatssekretärs im Hamburger Fall für korrekt.

Hierauf wird der Postetat bewilligt, ebenso der Etat der Reichsdruckerei, der Eisenbahnerverwaltung, des Bankwesens.

Auch die noch restierenden kleineren Etats werden debattelos genehmigt.

Das Etatsgesetz wird ebenfalls bewilligt.

Damit ist die dritte Lesung des Etats beendet. Das Gesetz betr. den Reichshaushaltsetat wird in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt die Abstimmung über die schon in der zweiten Beratung erörterten Resolutionen.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird in Rücksicht auf die Geschäftsfrage des Hauses über die Resolution betr. die Beihilfe zum Goethe-Denkmal nicht abgestimmt.

Die von freisinniger Seite gestellten Resolutionen zum Postetat: 1) zu erklären, daß Disziplinarmassregeln gegen Postunterbeamte wegen Absonnens auf die Wochenchrift „Deutscher Postbote“ oder wegen Injuriens von Familien- und Vereinsnachrichten in dieser Wochenchrift ungerechtfertigt und unzulässig sind; 2) den Herrn Reichsminister zu eruchen, jede Beschränkung der Postbeamten bezüglich ihrer außerdienstlichen Verrichte zu unterlegen, werden gegen die Stimmen der freisinnigen Gruppen und der Sozialdemokratie abgelehnt. Alle übrigen Resolutionen werden angenommen.

Schließlich werden auch das Anleihegesetz, sowie das Schuldentilgungsgesetz debattelos angenommen.

Präsident Graf von Walckreem: Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft. Ich schlage vor, die nächste Sitzung Dienstag, den 11. April, Nachmittags 2 Uhr zu halten. Auf die Tagesordnung lege ich: Rechnungssachen, die Vorlage betr. das Flagenrecht der Kaufmännische, Wahlprüfungen, Petitionen. Es wird viele der Herren interessieren, wenn ich mittheile, daß ich in den ersten Tagen nach den Ferien die neue Votirungs-vorlage, die Fernsprechnetzordnung und die Telegraphen-Wegeordnung zur Beratung stellen werde. Es bleibt mir nur noch übrig, den Mitgliedern ein recht frohes und gelungenes Osterfest, sowie eine recht nachhaltige Oster-Erholung von den anstrengenden Arbeiten zu wünschen. (Beifall.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Gegen die Auflösung des Reichstages sollen sich außer den bereits genannten Fürsten bez. Staaten auch Pflenz, Baden, Oldenburg, Württemberg, Weimar, Meiningen, Lippe, Meuß a. L. und die Hansestädte ausgesprochen haben.

Die Heeresverstärkung im Jahre 1898. Zum 1. April werden auf Grund des neuen Militärgesetzes nur die 3 Generalkommandos, 5 Divisionsstäbe, die Inspektion der Verkehrstruppen sowie eine Halbbrigadenabteilung gebildet. Die Durchführung der übrigen Maßnahmen, welche in das kommende Etatsjahr fallen, geschieht von 1. Oktober ab, und zwar werden für das preussische Kontingent alsdann neu aufgestellt 18 Feldartillerie-Brigaden, 1 Inspektion der Telegraphentruppen, 37 Feldartillerie-Regimentsstäbe, 14 Feldartillerie-Abteilungsstäbe, 35 fahrende Batterien mit mittlerem Etat, 1 Betriebabteilung der Eisenbahnbrigade und 3 Telegraphenbataillone. Im preussischen Kontingent tritt dem 1. ostpreussischen Armeekorps die neue Division Alsenstein hinzu mit Garnisonen in Alsenstein, Lyck, Eßben, Sensburg und Bischofsburg. Das 4. Armeekorps Magdeburg wird eingeteilt in die 8. Division Halle und die 7. Division Magdeburg. Das 11. Armeekorps (Ruffel) wird eingeteilt in die 88. Division Erfurt und die 22. Division Ruffel. Dem 14. Armeekorps (Karlsruhe) mit den Divisionen Karlsruhe und Freiburg i. B. tritt als neue Division hinzu die Division Colmar mit Garnisonen in Colmar, Offenburg, Bahr und Schlettstadt. Das 18. Armeekorps (Frankfurt) besteht aus der 25. (großherzoglich-hessischen) Division Darmstadt und der 21. Division Frankfurt a. M. Der Abstrich, welchen der Reichstag an der Präsenz-erhöhung vorgenommen hat, läßt für 1899 die Pläne der Regierung unverändert mit Ausnahme der Infanterie. Soweit sich aus den einzelnen Etatsabstrichen ein Schluß ziehen läßt, beabsichtigt, der „Frs. Ztg.“ zufolge, die Militärverwaltung, die neuen Bataillone von 1897, welche jetzt 501 Mann zählen, schon in diesem Jahre auf 569 Mann zu bringen. Da 24 Bataillone dieser Art in Elsaß-Lothringen und in den vier östlichen Grenzprovinzen liegen, so schließt auch dies schon eine erhebliche Verstärkung der Grenztruppen ein.

**Invalidenversicherungs-Kommission.** § 112 bestimmt im Abs. 4, daß den örtlichen Hebestellen der Versicherungsanstalten durch Bestimmung der Landes-Zentralbehörde oder der höheren Verwaltungsbehörde die Einziehung der Krankenversicherungs-Beiträge übertragen werde. In diesen Fällen sind die beteiligten Krankenkassen verpflichtet, zu den Kosten der Hebestellen beizutragen. Wolkenbuhr und Gen. beantragten in der Sitzung am Montag Streichung, da diese Bestimmung einen Eingriff in die Selbstverwaltung der Krankenkassen darstellt. Sitze beantragte einzuschalten: „mit Zustimmung der Krankenkassen.“ Letzteres wurde angenommen, ebenso der ganze Paragraph gegen die sozialdemokratischen Stimmen. Bei § 122 (Streitigkeiten) erklärte Staatssekretär Posadowsky: Je größer eine Behörde ist, um so schwerer werde es dem obersten Chef, die einzelnen Unterabteilungen zu überschauen. Die Dezentralisation, wie sie durch die Rentenstellen beabsichtigt ist, solle in dieser Beziehung entlastend wirken. Da die Verwaltungsbehörden und Rentenstellen sich oft nach den Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamts richten müssen, es aber den Vorstehern, Bürgermeistern u. s. w. sehr schwer werde, alle diese Entscheidungen genau zu verfolgen, werde er veranlassen, daß das Reichs-Versicherungsamt alljährlich ein alphabetisch geordnetes Verzeichniß der Entscheidungen veröffentlicht, so daß die Behörden sich leicht informieren können. Zu

§ 122 wurde ein Antrag Hofmann-Moesike angenommen, welcher bei Streitigkeiten in erster Instanz die Entscheidung nicht nur der unteren Verwaltungsbehörde überträgt, sondern ernt, auch dem Vorsitzenden der Rentenstelle, in zweiter Instanz anstatt der höheren Verwaltungsbehörde dem Vorsitzenden des Schiedsgerichtes. Nach einem Antrag Trimborn haben sich die zuständigen Behörden bei ihren Entscheidungen nach denen des Reichs-Versicherungsamtes zu richten. Im § 123 wurde festgestellt, daß Streitigkeiten zwischen den Versicherungsanstalten im Reichs-Versicherungsamt entschieden werden.

Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat sich, wie bereits kurz gemeldet, dieser Tage in Berlin in Gegenwart von etwa 100 Vertretern konstituiert. Der Vorsitzende, Landtags-Abgeordneter Felisch, hob hervor, daß der Bund keineswegs eine Offensiv-Organisation gegen die Arbeitnehmer und ihre Organisationsfreiheit sein solle, es handle sich lediglich um einen Verteidigungsoverband „gegen die Uebergriffe und ungerechten Forderungen, die sich die sozialdemokratischen Agitatoren anmaßen.“ Nach längerer Ansprache wurde die Konstituierung des Bundes einstimmig beschlossen, ebenso das Bundesstatut mit unwesentlichen Änderungen genehmigt. Dem Bunde traten sofort 21 bereits bestehende Verbände bei. Die Vertreter weiterer Verbände stellten einen baldigen Beitritt in Aussicht. Eine große Zahl von Lokalverbänden ist in Bildung begriffen, die demnächst gleichfalls dem Bunde beitreten werden. Man beschloß, sofort eine energische Agitation für Gründung weiterer Verbände zu entwickeln und unentgeltlich in die Ausführung sonstiger Aufgaben des Bundes zu treten. Die nächste ordentliche Generalversammlung findet im September d. Js., in Anknüpfung an den Delegirtenkongress deutscher Bauereverksmeister statt. — Felisch, der eigentliche Schöpfer des Bundes wider die Arbeiter, hat sich seit Jahren mit Erfolg bemüht, die Stummischen Theorien und Praktiken den Arbeitgebern im Baufach geläufig zu machen. Er ist der Mann der brutalsten Unterdrückung aller Arbeiterbestrebungen, und wenn er nun von einem „Verteidigungsbund“ gesprochen hat, so wissen die Bauarbeiter wohl, was sie davon zu halten haben. Sie werden auf der Hut sein.

**Prinzen-Beize.** Am Montag Mittag ist Prinz Waldemar, der älteste, nunmehr zehn Jahre alte Sohn des Prinzen Heinrich in die Marine eingestrichelt worden. Der Kaiser hielt dabei etwa folgende Ansprache, der heutige Tag sei wiederum ein bedeutungsvoller Tag für die deutsche Marine, denn der älteste Sohn des im fernem Osten als Kommandant des Kreuzergeschwaders weilenden Prinzen Heinrich trage heute zum ersten Male den Rock, welchen sein Vater und viele tüchtige Offiziere im Dienste des Vaterlandes tragen. Es sei ein Vorrecht der Prinzen aus dem Hause Hohenzollern, daß sie vom zehnten Jahre an lernen ihre Kraft und Arbeit in den Dienst des Vaterlandes zu stellen und beim ersten Garderegiment eintreten, welches schon so manchen Hohenzollernprinzen in seinen Reihen gesehen habe. Der Kaiser gab sodann der Hoffnung Ausdruck, daß die Prinzen des Hauses Hohenzollern auch der Marine mit gleichem Eifer ihre Dienste widmen und dem Wunsche, daß in dem hoffnungsvollen jungen Prinzen die Marine einen tüchtigen, braven, ritterlichen Offizier heranwachsen sehen möge, durch seine Thatkraft und Gesinnung und durch dasselbe Gefühl für das Vaterland ausgezeichnet, wie sein hervorragender Vater. „Wüßten unsere Glückwünsche über die Meere hinüberhallen nach dem neuen Deutschland.“

Und in den Armen liegen sich Beide . . . Wir lesen in der „Kreuztg.“: Dem Reichstagsabgeordneten Grafen Klinkowström ist nachstehende Dankadresse mit 655 Unterschriften, meist von Bauern und Handwerkern, zugegangen:

„Wir der Monarchie und der Krone Treuergebene sagen unserem Reichstags-Abgeordneten Herrn Grafen v. Klinkowström und Herrn Staatssekretär v. Podbielski für ihre am 4. d. Mts. im Reichstage abgehaltene wahrheitsgetreue Rede behufs Unterdrückung der Sozialdemokratie unseren herzlichsten Dank.“

Graf Klinkowström hatte diese Adresse auch dem Staatssekretär des Reichspostamtes zugefickt und nunmehr die Adresse mit nachstehender Antwort zurück erhalten:

„Berlin, den 18. März 1899.  
Euer Hochgeborn beehre ich mich, die mir in der Sitzung der Budgetkommission neulich gütigst zur Verfügung gestellte Dankadresse eines Theiles Ihrer Wählerschaft aus dem Kreise Friedland anliegend mit bestem Dank zurückzusenden. Ich freue mich, daß die Art und Weise, wie von Seiten der haatserhaltenden Parteien des Reichstages und von der Reichsregierung der Sozialdemokratie jetzt, im Gegensatz zu früher, zu Liebe gegangen wird, die Anerkennung auch weiterer Kreise unseres Volkes findet.“

Die „Dankadresse“ bezieht sich auf die Verhandlungen des Reichstags vom 4. Februar d. Js., wo bei der zweiten Lesung des Etats der Reichspost der ostfälische Junker Klinkowström eine seiner sozialistenfeindlichen Reden hielt, um dann aber von Webel gebührend heimgeleuchtet zu werden. Die Antwort Podbielski's ist infolgedessen von einiger Wichtigkeit, als darin frank und frei zugegeben wird, daß von Seiten der Regierung der Sozialdemokratie jetzt wieder schärfer zu Leibe gegangen wird. Als ob es schon jemals daran gefehlt hätte! In Uebriem: die Sozialdemokratie ist mit dem „größten Staatsmanne unseres Jahrhunderts“ fertig geworden, sie wird es auch mit dem ehemaligen Husaren General werden. Daran ändern alle „Dankadressen“ nichts!

Der Reichshaushaltsetat für 1899 schließt nach dem Ergebnis der zweiten Beratung gegen den Entwurf ab mit einem Minderebedarf von 2 821 861 Mark. Bei dem Ausgaben sind 2 290 294 Mark gestrichen und 5000 Mark zugelegt, bei den Einnahmen sind 570 Mark zugelegt. Die Bilanzierung erfolgt durch Verminderung des Anleihebedarfs um 2 822 601 Mark. Das Etatsjahr schließt danach noch mit einem Anleihebedarf von 87 098 588 Mark ab. Die Abstriche an den Ausgaben beziffern sich bei den fortdauernden Ausgaben der Militärverwaltung auf 539 827 Mark infolge des Abstriches in der Militärverwaltung. Bei den einmaligen Ausgaben sind gestrichen 1 729 294 Mark bei der Militärverwaltung, 61 000 Mk. bei Südwestafrika und 400 000 Mk. bei der electrischen Centralbahn in Mühlhausen.

Die Bestimmungen über die von militärischen Mächten vorzunehmenden Verhaftungen und vorläufigen Festnahmen haben eine Abänderung erfahren. Im Entwurfsentwurf mit dem Reichsmünster hat der preussische Minister des Innern bestimmt, daß in denjenigen Fällen, in denen eine Polizeiwache dem Ort der Festnahme näher liegt, als die zuständige Militärwache, die von militärischen Posten und Streifwachen festgenommenen Exilpersonen sofort an die Polizeiwache abzuliefern und nicht erst zur nächsten Militärwache zu bringen sind. Weiter haben künftig diejenigen polizeilichen Exekutivbeamten in Dienst, die sich nicht auf Straßenposten oder auf Streifwache mit fest vorgeschriebener Marschroute befinden, derartig sifrierte Exilpersonen von den militärischen Posten auf Ansuchen zu übernehmen und an die nächste Polizeiwache abzuliefern.

**Kleine politische Nachrichten.** Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat die Wahl des konservativen Grafen Bischoff, der im Wahlkreise Bielefeld-Wilhelmsen gegen den Kandidaten der freisinnigen Vereinigung Dr. Dohm-Stettin gewählt worden ist, beantragt. — Der Postminister Krawall, der zu so eingehenden Besprechungen im Reichstage Veranlassung gegeben hat, wird nun auch noch ein preussisches Gericht beschuldigen. Wie man dem „W. Z.“ nämlich aus Breslau meldet, hat der sächsische Justizminister gegen die in Breslau erscheinende „Volkswacht“, unser Parteipaper, Strafanzeige wegen einer in dem Blatt enthaltenen Kritik des Urtheils des Dresdener Schwurgerichts erlassen. Durch diesen neuen Strafprozeß wird das Buchhandelsurtheil auch nicht aus der Welt geschafft. — Eine Protestversammlung polnischer Väter zum Zweck eines Protestes gegen das sächsische Polizeiverbot betreffs des polnischen Sprachunterrichtes fand am Sonntag in Posen statt. Gegen 600 Frauen aller Stände waren anwesend und unterzeichneten eine Petition an den Kultusminister um Aufhebung des sächsischen Polizeiverbotes betreffs des polnischen Sprachunterrichtes. Eine Versammlung von 2000 Polen am Abend des gleichen Tages beschloß in demselben Sinne. — Die Strafkammer in Posen verurtheilte den verantwortlichen Redakteur des polnischen Wochenblattes „Praca“, Stanislaus Chlilomer, wegen angeblicher Ausbreitung von Gewaltthatigkeiten durch Veröffentlichung zweier Gedichte „An das Vaterland“ und „Großpolen zum neuen Jahre“ zu acht hundert Mark Geldstrafe. — Der Gouverneur der Festung Metz macht bekannt, daß, da in letzter Zeit mehrfach Militärpersonen von Civilpersonen thätlich angegriffen worden seien und die Thäter nicht haben ermittelt werden können, die Posten mit scharfen Patronen ausgerüstet werden und angewiesen sind, „säkularlos“ zu schießen, wenn sie angegriffen oder mit einem thätlichen Angriff bedroht werden. — Zu Civilfreien hat, wie man der „Köln. Ztg.“ aus Metz schreibt, diese Bekanntmachung um so mehr übertraf, als man von Ueberfällen von Militärposten erst durch die Mittheilung des Gouverneurs Kenntnis erhält. — Das Reichsmünster giebt bekannt, daß der Kaiser sich erneut dahin ausgesprochen gerührt hat, wie überhöchst dieselben es nicht wünschen, daß See-Offiziere nur Schürzen tragen. (Was sollen denn nun die Offiziere anfangen, bei denen nur ein Schürzenrock ist?) — Das Vereinsrecht der Berufsvereine betrifft ein beim Reichstage eingegangener Antrag des Abgeordneten Bachmaier, der dahingehet, die Regierung zu ersuchen, zur Erfüllung der in drei Classen des Reichstages vom 4. Februar 1890 der Gesetzgebung gestellten Aufgaben einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen 1. den zur Wahrnehmung von Berufsinteressen gegründeten Vereinen die Mitgliedschaft verliehen wird, wenn sie den §§ 50 bis 60 des Bürgerlichen Gesetzbuches genügen; 2. den im § 152 der Reichsgewerbeordnung erwähnten Vereinen und sonstigen zur Wahrnehmung von Berufsinteressen gegründeten Vereinen gestattet wird, ihre Bestrebungen zum Zwecke der Verbesserung der Lage der Arbeiter auch auf Veränderungen der Gesetzgebung zu richten und mit einander in Verbindung zu treten. — Vauvart Wallot hat an den Staatssekretär Graf Posadowsky und an den Präsidenten des Reichstages Graf Walckreuth die Mittheilung gelangen lassen, daß er auf die fernere Leitung der Reichsanstalten zurückzutreten beabsichtigt und das ihm übertragenen Amt zum 1. April niederlege. Wallot verzichtet damit auf das Honorar von jährlich 10 000 Mk., das ihm als Leiter der Ausübungsdienste am Reichstagegebäude zusteht. Der Vertrag Wallots mit dem Reichstage nach Vollendung des Baus wurde bisher alljährlich von neuem auf ein Jahr abgeschlossen und wäre am 31. März abgelaufen gewesen, falls er vom Reichstage nicht erneuert worden wäre. Nach der „Kreuzzeitung“ hat Wallot nur sein Amt in der Ausübungskommission des Reichstages niedergelegt. Er bleibt also Leiter des in Aussicht genommenen Baus der Kaiserpalastwohnung. — Gegen den antisemitischen Grafen Büdler in Klein Tschirne ist nun doch ein Strafverfahren eingeleitet worden. Am Dienstag früh ist ihm nach der Konvention „Glog. Ztg.“ die Anklageschrift zugestellt worden. — Zur Verjüngung der Armee! Zwei Generalleutnants, drei Generalmajors und eine Anzahl Stabsoffiziere, darunter zwei Kommandeure von Kavallerieregimentern, sind am 18. März zur Disposition gestellt worden, resp. haben den Abschied erhalten. Der Pensionsetat ist dadurch wieder nicht unerheblich gewachsen. — Der Verband deutscher Bäcker- und Biscuitindustrieller richtet, an das Reichsamt des Innern eine Eingabe gegen die vom Bundesrathe erlassenen Vorschriften gegen die Verbreitung der Mißbräudgesfahr. Selbst die geringfügigen Sanctionsvorschriften sind also dem Unternehmertum noch zu weitgehend! Hoffentlich giebt man ihrem Begehren keine Folge. — Die 400 Finländer, welche am letzten Donnerstag in Petersburg eingetroffen waren, um dem Kaiser eine Petition zu überreichen, von dem Kaiser aber nicht empfangen wurden, haben beschloffen, der in der Antwort des Kaisers gegebenen Anweisung gemäß, die Petition durch die Behörden und den Generalgouverneur einzulisten. — 78 Theilnehmer an den letzten Studentenunruhen in Petersburg waren vom Besuche der Universität ausgeschlossen worden, doch wurde dem Gesuche der Universitätsobrigkeit um Vinderung des Schicksals der Ausgeschlossenen stattgegeben. Sämtliche Exmatrikulirten erhielten die Erlaubniß, ihre Studien fortzusetzen; es wurden ihnen nur leichte akademische Strafen auferlegt. Damit ist die Angelegenheit

als erledigt zu betrachten. — Auf Cuba sind in Havana seit Sonntag Abend 57 Kubaner verhaftet worden. Montag früh explodirte vor der dortigen Ratheshalle eine Bombe, welche die Thüre derselben beschädigte. Die Polizei erhielt Befehl, alle Waffen, welche die Kubaner tragen, mit Beschlag zu legen. Am Montag Abend hat in Havana der Polizeileutnant Giffin in einem Hotel einen kubanischen Major erschossen. Bei den Revolvern am Sonntagabend und Sonntag wurden drei Polizisten und drei Personen getödtet, fünfzehn Polizisten und 40 bis 70 Zivilpersonen verwundet, einige davon tödtlich. — Die britische Marine soll den Befehl erhalten, Veling zu verlassen. — Auf Samoa wird ein neuer Aufstand befürchtet; die kriegerische Haltung angenommen haben.

### Frankreich.

„Politik der Nadelstiche.“ Die aus London stammende Meldung der „Verf. N. Nachr.“, daß zwischen Frankreich und Persien eine Vereinbarung erzielt worden ist, wonach Persien aus französischen Quellen die Summe von 40 Millionen Francs ausliehen, Frankreich aber dafür in Persien namhafte wirtschaftspolitische Zugeständnisse erhalten soll, wird dem „Hamb. Corr.“ von gut informierter Seite als richtig bestätigt. Vermuthlich wird man in London darin eine Fortsetzung der „Politik der Nadelstiche“ erblicken.

Wegen der angeblichen Briefe des deutschen Kaisers wollte in der französischen Deputirtenkammer der nationalistische Deputirte Vassier an den Ministerpräsidenten Dupuy eine Anfrage richten und ihn befragen über die gegen den früheren russischen Volschafter von Mohrenheim verbreitete Verleumdung, wonach dieser einen falschen Brief des deutschen Kaisers an den damaligen Minister des Aeußeren Panouze verkauft hätte. Dupuy erklärte jedoch, er könne die Anfrage nicht annehmen. Wie das Blatt „La Presse“ meldet, hatten die Minister Dupuy, Delcassé und Freycinet über das Anfragebegehren Vassiers berathen und beschlossen, die Anfrage nicht zu beantworten. Vorles soll nunmehr die Absicht haben, seine Anfrage in eine Interpellation umzuwandeln, um eine Erörterung in der Kammer herbeizuführen.

Zum Fall Picquart hat der frühere Justizminister Trarieux an den Kriegsminister ein Schreiben gerichtet, in welchem er mittheilt, daß zwei Generalsstabsoffiziere einen ehemaligen Soldaten Namens Savinaud zur falschen Zeugnisaussage gegen Picquart verleitet hätten; ferner weist Trarieux darauf hin, daß Freycinet, obgleich das Kriegsministerium bereits am 25. August v. J. über den erwähnten Savinaud die denkbar schlechteste Auskunft erhalten habe, am 16. Dezember in einem Brief an den Advokaten Labori Savinaud als gut beleumdeten Soldaten hinstellte. Trarieux bemerkt, Freycinet sei offenbar von seinen Untergebenen irreführt worden und verlangt eine Untersuchung in dieser Angelegenheit.

Zum Dreifusshandel. Die drei Kammern des Cassationshofes hielten Dienstag von 12 bis 2 Uhr unter dem Vorsitz des Präsidenten Mazon eine gemeinschaftliche öffentliche Sitzung ab. Der Berichterstatter in der Dreifus-Angelegenheit, Vallot-Beaupré, verlas das Revisionsgesuch. Anwalt Morand verlangte die Ablehnung der drei Räte Pettit, Crepon und Poppelier, die Mitglieder der beratenden Kommission gewesen waren und die sich über die Revisionsangelegenheit vor der Ueberweisung an die Kriminalkammer des Cassationshofes auszuspochen hatten. Manau unterstützte diese Forderung. Der Gerichtshof entschied sich dahin, daß das Gesuch Morand's formell anzunehmen sei, und vertagte sich sodann auf Freitag, um die Erklärungen der betreffenden drei Räte entgegenzunehmen und seinen Spruch in materieller Hinsicht zu fällen. — Die drei von dem Ablehnungsverfahren betroffenen Räte veröffentlichten eine Erklärung, in der es heißt, sie schätzten sich glücklich, daß diese Frage aufgeworfen worden sei, und würden sich vor der Entscheidung ihrer Kollegen beugen. — Im „Echo de Paris“ drückt der Hanswurst Beaurepaire sein Erstaunen darüber aus, daß der Generalprokurator Manau auch vor der vereinigten Kammer des Cassationshofes die Funktionen des Staatsanwalts weiterführen solle. Die Regierung zeige dadurch, daß sie in der Dreifus-Angelegenheit nicht unparteiisch vorgehen könne.

Deroulede richtete an Dupuy ein Schreiben, worin er erklärt, es habe niemals irgend welches politisches Einvernehmen zwischen der Liga de la patrie française und der Patriotensiga bestanden. Von einem Handtuche, den er verlor, habe, um die parlamentarische Republik und Loubet zu stützen, habe nur Habert Kenntniß gehabt.

### Amerika.

Frauen-Stimmrecht in Colorado. In dem nordamerikanischen Staat Colorado besitzen die Frauen dieselben politischen Rechte wie die Männer, dem Parlament gehören auch weibliche Abgeordnete an. In Erinnerung an das vor fünf Jahren eingeführte Frauenstimmrecht nahm das Parlament mit 45 gegen 3 Stimmen folgende Resolution an:

„In Erwägung, daß gleiches Wahlrecht für beide Geschlechter seit fünf Jahren in Colorado besteht, während welcher Zeit die Frauen es ebenso allgemein ausgeübt haben, als die Männer und zwar mit dem Erfolge, daß für öffentliche Aemter geeignete Kandidaten gewählt wurden, die Wahlmethode verbessert, die Gesetzgebung vervollkommenet, die allgemeine Bildung gehoben, das politische Verantwortlichkeitsgefühl infolge des weiblichen Einflusses stärker entwickelt wurde,

Beschließt das Unterhaus, daß im Hinblick auf diese Resultate die politische Gleichstellung der Frauen jedem Staate und jedem Territorium der nordamerikanischen Union als eine gesetzgeberische Maßnahme empfohlen werde, die geeignet ist, eine höhere und bessere soziale Ordnung herbeizuführen.“ Eine Kopie dieser Resolution ist durch den Gouverneur

Colorado's allen Staaten der Union und der gesammten Presse zugelaufen worden. Das ganze Vorgehen des Parlaments bedarf keines Kommentars und spricht zu Gunsten des Frauenstimmrechts deutlicher, als alle theoretischen Beweisleistungen. Trotzdem dürfte diese Sprache für die Mehrheit des deutschen Parlaments noch lange unverständlich bleiben.

### Lübeck und Nachbargebiete.

22. März. Lübecker Beispiele verderbten Bremer Sitten. Im Budgetentwurf des Bremer Staates für 1899 beantragte die Wegebau-Inspektion 7950 Mark für Anlage von Rasenwegen im Landgebiet. Die Budgetkommission hat den Antrag der Bürgerschaft empfohlen, diese hat ihn jedoch bis zur Einführung einer Fahrtrabstener einstweilen abgelehnt. Die Bremer Bürgerschaft, anscheinend infiziert durch die Maßnahmen Steuer-Travertollegin hat die Einführung einer solchen Steuer beantragt und die Vorlegung eines diesbezüglichen Gesetzentwurfes gewünscht. — Man sieht, daß es sich um eine schleimende Krankheit handelt. — Mit der Botterie ging es genau so. Bei der Frage zeigte allerdings bisher der Bremer Senat eine anerkennenswerthe Festigkeit. Ob er in der Nadelstiche ebenso handeln wird?

Das Schwurgericht verhandelte gestern über zwei Fälle. Unter der Anklage des Diebstahls und Raubes standen der Steward Steinfors aus Eimerich und der Winkler Wiederhold aus Gr. Werther. Sie haben kurz vor Weihnachten bei dem Juwelier Sach in der Sandstraße den scharfen Raubfall verübt. Steinfors warf dem Ladeninhaber Pfeffer in's Gesicht, sodann nahm jeder einen Kasten voll Ringe und suchte das Weite. Sie wurden aber sofort ergriffen und festgesetzt. Einen gleichartigen Diebstahl sollen sie in Wandsbek verübt haben. In letzterem Falle leugneten sie. Die Geschworenen bejahten sämtliche Schuldfragen, das Urtheil lautete antragsgemäß gegen Wiederhold auf 5 Jahre Zuchthaus, gegen Steinfors auf 8 Jahre Zuchthaus, gegen beide auf Ehrverlust von gleicher Dauer und Stellung unter Polizeiaufsicht. — Im zweiten Falle war der Arbeiter Schewe der Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode beschuldigt. Am Sonntag den 20. November v. J. hatte sich der Schlachtergeselle Cordes an der Endstation der elektrischen Bahn in Fackenburg mit noch einigen Gefährten ungebührlich betragen und war aus dem Wagen verwiesen. In den hieraus entstandenen Streit geriethen schließlich auch einige Anwohner, die dann von den jungen Leuten bedrängt wurden. Schewe kam ihnen zur Hilfe und schlug mit einer Weichenstange in den Haufen. Hierbei traf er Cordes so unglücklich, daß er ihm den Schädel spaltete. Die Verletzung war eine so schwere, daß der Getroffene drei Wochen später starb. Schewe war vollauf gebildig. Die Geschworenen billigten ihm mildernde Umstände zu. Das Urtheil lautete auf 1 Jahr Gefängniß unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft.

Waisenhäuser. In Folge des Umbaus der Klassenräume fällt die diesjährige öffentliche Schulprüfung aus.

Einziehung deutscher Münzen. Wie aus dem Bericht über die letzte Vollsitzung des Bundesraths hervorging, ist eine Vorlage über die Einziehung der silbernen zwanzigpfennigstücke in Vorbereitung. Damit wird die Ausmerzung der zweiten Münzsorte aus dem Verkehr angestrebt. Schon Ende der siebziger Jahre hatte es sich herausgestellt, daß die goldenen Fünfmarkstücke im Verkehr unbrauchbar waren. Es wurde damals ihre Prägung eingestellt und sodann jede halbe Krone, die einkam, von der Reichsbank angekauft und nicht wieder ausgegeben. Auf diesem Wege ist es gelungen, von den insgesamt 27,9 Mill. ausgeprägten halben Kronen für 22 Millionen einzuziehen. Die übrigen nahezu 6 Millionen dürften wohl nicht einziehbar sein, da sie sich in Münzsammlungen befinden oder zu gewerblichen Zwecken Verwendung gefunden haben werden. Von der jetzt zur Einziehung gelangenden Münzsorte der silbernen zwanzigpfennigstücke sind insgesamt für 35,7 Millionen ausgeprägt worden. 21 Millionen sind bereits zur Einziehung gelangt.

Zu das Handelsregister ist eingetragen am 20. März 1899 auf Blatt 2107 die Firma: „Strack u. Ewers“. Der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: 1. Joh. Paul Leberecht Strack, Kaufmann in Lübeck, 2. Eduard Friedr. Ewers, Kaufmann in Lübeck. Offene Handelsgesellschaft seit dem 18. März 1899; auf Blatt 21 bei der Firma „Lorenz Harms u. Söhne“; Prokurist: Carl Heinrich Julius Harms in Lübeck.

Vom Zeitungswesen. Für die „Lüb. Anz.“ zeichnet jetzt verantwortlich ein Herr Hans v. Trübschler. Wir wünschen dem Herrn, daß er besser fährt, als seine Vorgänger.

Vom Tage. Untersuchung ist eingeleitet gegen einen der Unterbringung beschuldigten Comms.

Hamburg. Der Schneider Freil nimmt einen höchst befriedigenden Verlauf. Bewilligt haben bereits 80 Arbeiter, die insgesamt 650 Arbeiter beschäftigen.

Hamburg. Angerant wurde in der Nacht zum Dienstag vor der Dämmung der von Westafrika heimkehrende Dampfer „Thella Wohlen“ vom Kapladampfer „Minneburg“. Beide Schiffe sind stark beschädigt. Die Ladung der „Thella“ geriet in Brand, wobei 2 Mann verunglückten. Beide Schiffe wurden nach hier aufgeschleppt.

Hamburg. Wegen Majestätsbeleidigung, die er in einer Rede über das Koalitionsrecht begangen

haben soll, wurde am Dienstag unser Parteigenosse Tischler Pessier zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt.

**Hamburg.** Junge... alte Paasche. Die Berliner „Volkzeitung“ behauptet, daß der aus dem Bedert-Byow-Prozess bekannte Vertrauensmann des Herrn v. Tausch, Freiherr v. Byow hier seit einiger Zeit als Angestellter der „Financiers Mission“ thätig sei. Herr v. Byow hätte damit den Beweis geliefert, daß er seinen Beruf nicht verfehlt hat.

**Altona.** Im Prozeß des Oberförsters Lange gegen die fürstlich Bismarck'schen Erben wegen höherer Dienstansprüche hat jetzt auch Fürst Herbert Bismarck den ihm auferlegten Glaubensid in Berlin geleistet. Der der Gräfin Hanpau ebenfalls zugeschobene Glaubensid soll ihr krankheitshalber kommissarisch auf Schloß Doberdorf bei Prerog abgenommen werden. Damit wären dann Lange's Wehransprüche abgewiesen. — Die „Altonaer Nachrichten“ waren wegen Weglassung des Wortes „Redakteur“ bei Nennung der Verantwortlichen angeklagt. Das Schöffengericht sprach sämtliche Angeklagte frei. Die Begründung führte aus, es genüge die Bezeichnung „verantwortlich“ ohne das Wort Redakteur.

**Hamburg.** Wegen Lohnbifferenzen stellten am Montag Nachmittag 40 Arbeiter der Architekten Wiegels u. Co. am Riesberge bei Neugraben die Arbeit ein. Die Differenzen entstanden dadurch, daß die Firma von den Arbeitern verlangte, den Abbruch (das Abgraben der oberen Erdschicht), wofür bisher einige Stunden Lohn gezahlt wurden, jetzt ohne besondere Bezahlung auf den bisherigen Aufwand mit zu übernehmen. Hieran wollten die Arbeiter sich nicht einlassen und stellten sie daher vorläufig die Arbeit ein.

**Stiel.** Die Lohnbewegung der Maler hat ihre Erledigung gefunden, da die Zunung den Lohn tarif der Gehilfen in der Hauptsache bewilligt hat.

**Bremen.** Die Lohnbewegung der Schneiber ist nahezu beendet, weil meist alle Geschäfte die Forderungen bewilligt haben. Die ausgesperrten Arbeiter sind fast alle wieder in Arbeit.

**Germanischer Lloyd.** Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 1. bis 8. März 1899 folgende Seeschäden gemeldet worden: Totalverluste 10, davon 7 Dampfer und 12 Segelschiffe, 156 Beschädigungen, davon 99 Dampfer und 57 Segelschiffe, zusammen 175.

**Lübeker Stadttheater.**

**Der fliegende Holländer,** romantische Oper in 3 Akten von H. Wagner. Noch in letzter Stunde hat unser Theater Wagner's wahrhaft vollendeten „fliegenden Holländer“ herangezogen. Wer kennt wohl nicht die düstere Sage vom ewigen Jüden der Meere, der bis zum jüngsten Tage ruhelos die Meere durchqueren muß? Es liegt in ihr der menschliche Kug des Scheitens nach Ruhe aus den Sürmen des Lebens ausgebrüht. Ein Stoff, der sich für den geistigen und verknanten Wagner besonders eignete! Es bot sich ihm die begehrteste Gelegenheit darin allem, was ihn quälte und bedrückte, mustersüchtigen Ausdruck zu verleihen. Alle Leiden und Schmerzen, all sein Sehnen nach Erlösung in der Verwirklichung seiner künstlerischen Ideale hat er denn auch in der Dichtung und Kunst des „fliegenden Holländers“ niedergelegt. Mehr als jede andere Oper des großen Tonbilders ist gerade diese der Ausschrei eines furchtbar mißhandelten Künstlerherzens. Erben Wochen nur brachte er, um die Oper zu komponieren; so sehr ging er in diesem Werke auf! Der Schluß, daß der ruhelose Meereswanderer auch Erlösung von seinem Leiden findet, wenn sich ein Weib ihm opfert, hatte Wagner durch Heinrich Heine kennen gelernt. — Die Oper wurde kausnlich am Montag zum Benefiz für Herrn Peter Duma' aufgeführt, welcher den Holländer sang. Es war eine prächtige und gewaltige Leistung, die der Benefiziant bei. Die schmerzhaftesten Stellen der Partitur bewältigte stets in allen Tugen voll und ausgedehntem thnendes Organ spielend. Nach verstand es der Künstler meisterhaft, die Rolle mit der ganzen Schwermuth auszustatten, die sie verlangt. Der Benefiz, welcher ihm von dem ziemlich gut besetzten Hause gesendet wurde, war wohlverdient. Daß es ihm an seinem Ehrenande an sonstigen Ehrungen nicht gebrach, ist selbstverständlich. Es zeigte sich, daß man die Leistungen dieses Künstlers wohl zu würdigen versteht. Neben Herrn Duma' war es besonders Fril. Stoll f., die in ihrer Senta sich selbst übertral und damit das Beste leistete, was wir von ihr bisher gesehen und gehört haben. Gelauglich sowohl wie darstellerisch war sie vorzüglich. Ihre Senta war kein Schemen, sondern ein Ethel Leben! Die Walkade vom Holländer gelang der Sängerin besonders gut. Auch Faust ist über die Ausführung nur Wuts zu sagen. Den alten Faland traf Herr Pessier in Spiel und Gesang gleich gut. Der Stenermann des Herrn Volk erkreute durch schönen Gesang; die Klumme

land in Fril. Lena eine angemessene Vertreterin. Die unbandbare Rolle des Geil hatte Herr Simon zu fingen, mit dessen nächster Darstellung wir uns allerdings wenig befreundeten konnten. Das reizende Spiel der Wägte wurde trefflich gelungen und konnte dem Patrolorenkor zum leuchtenden Vorbild dienen. Das Orchester unter Dymelors' bewährter Leitung stand auf der Höhe seiner Aufgabe. Alles in Allem war die Vorstellung eine der besten der ganzen, jetzt zu Ende gehenden Saison.

**Sturfsang-Buchmarkt.**

Der Schürchenhandel verlief gut. Angeführt wurden 3510 Stück. Preise: Versandtschweine, Schwere 46-48 Mt., leichte 40-48 Mt., Saunen 42-48 Mt. und Herle 44-48 Mt. pr. 100 Pfd.  
Der Rülberhandel verlief gut. Angeführt wurden 1390 Ethel. Preise: Beste 85-105 Mt., geringere 65-85 Mt. pr. 100 Pfd.

**See-Berichte.**

Der „Mant“, Kapit. Behrens, ist am 21. März in Königsberg angekommen.  
Der „Liloland“, Kapit. Ahrens, ist am 21. März von Riga nach hier abgegangen.  
Der „Der Preiler“ ist am 21. März Sturmes halber in Swine wände eingelaufen, um besseres Wetter abzuwarten.

**Quittung.**

Für die Krezier der Weber gingen bei uns ein:  
Vom Verein der Frauen und Mädchen Lübeck . . . 5.40 Mt.  
Weitere Gaben nimmt gern entgegen  
Expedition des „Lübeker Volksboten“  
Johannistrafte Nr. 60.

**Stadttheater.** Donnerstag geht zum letzten Male in dieser Saison „Der Willkado“ in Szene und als Belohnung der künftigen Schwant „Ein toller Einfall“ Die Vorstellung findet st. ermäßigten Opernpreisen statt und beginnt bereits halb 7 Uhr. worauf wir das Publikum noch ganz besonders aufmerksam machen. Am Freitag wird „Der fliegende Holländer“ an. vielfachen Wunsch wiederholt.

Gesucht zum 1. April eine Wohnung von jungen Leuten im Preise von 120-160 Mt. Offerten unter G W an die Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. Juli eine Wohnung von 2-3 Zimmern nebst Zubehör, Nähe Johannistrafte. Off. n. Nr. u. F 55 an d. Exped. d. Bl.

Gesucht eine Wohnung bis zu 200 Mt. Off. unter A 200 an die Exped. d. Bl.

Logis gesucht für zwei Arbeiter in der Nähe des Hlterthors. Offerten n. 111 an die Exped. d. Bl.

**Gesucht zu sofort ein Laufjunge.**

**C. Harz**  
Breitestraße 60a.

Gesucht zum 1. Mai ein kleiner Knecht der Eltern die Schule verlassen hat.  
R. Jenner, Nordstraße 45.

Gesucht zu sofort oder 1. Mai ein Mädchen, welches Eltern die Schule verläßt, nach dem Lande. Zu erfragen Glodengießerstr. 16.

2500 Mk. sicheres Pfandgeld à 5 pCt. p. Ostertermin gesucht. Anzeigte unter S an die Exped. d. Bl.

Ein Paar sehr gute Damen-Knopfstiefel passend für Confirmandin, für 3 Mt. zu verkaufen. Sundetstraße 12, i. Hof.

Ein junger wachsender Wolfshund zu verkaufen. Weiter Köhlerg 17.

Zu verkaufen ein fast neuer runder Wagen, welches Eltern die Schule verläßt, nach dem Lande. Zu erfragen Glodengießerstr. 16.

Monatshefte „Ueber Land u. Meer“ Jahrgang 96-97, billig zu verkaufen. Näheres Cronsförder Allee 80.

Miethe-Quittungs-Formulare Expedition des Lübecker Volksboten.

**Sarg-Magazin**  
H. F. Behm, 41 Johannistrafte 41 empfiehlt Särge in allen Größen. Grosse Särge von 20 Mk. an sowie Leichenbekleidung sehr billig.

**Bestes BratenSchmalz**  
Pfund 40 Pfg. empfiehlt  
Chüringer Wurstfabrik  
Aug. Scheere,  
Holstenstraße 32.

**Selten günstige**  
Angebote:  
**Hochfeine Relief-Gardinen**  
per Meter 48 Pfg.  
**Billige Lüll-Gardinen**  
mit Vandaftung, Mr. 20 Pfg.  
**Schmale Lüll-Gardinen**  
Meter 5 Pfg.  
**Elegante Engl. Gardinen**  
große Auswahl, Mr. bis 1.25 Mt.  
**Tischdecken, Schutzdecken, Servietten, Kohlsaumdecken u.**  
außerordentlich billig.  
**Otto Albers**  
Kohlmarkt 10. Lübeck. Markt 4.  
Baarverkauf.

**Versuch macht klug!**  
Herren-Sohlen u. Stiele von Mart 2,00  
Damen= do. u. do. von do. 1,50  
Mädch.= } do. u. do. von do. 0,90  
u. Knab.= }  
Alle anderen Reparaturen billigst.  
Jede Reparatur wird sofort ausgeführt.  
**Deutsch-Amerikanische Schuhwaaren-Reparatur-Anstalt**  
Königstr. 48  
Ecke Alter Schranken.

Überzeugen Sie sich, dass meine **Deutschland-Fahrräder** u. Zubehörsache die besten und dabei die allerbilligsten sind. Wiederverkäufer gesucht. Haupt-Katalog gratis & franco. August Stukenbrok, Einbeck. Deutschlands größtes Special-Fahrrad-Versand-Haus.

Zwiebellebertwurst, per Pfd. 80 Pfg.  
Lebertwurst, per Pfd. 60 Pfg.  
Sülze, per Pfd. 60 Pfg.  
Flohenschnitz, per Pfd. 60 Pfg.  
ff. Margarine, per Pfd. 50, 2 Pfd. 90 Pfg.  
dito per Pfd. 60, 2 Pfd. 1,10 Mt.  
E. Möhl, Megidienstraße 8.

**Allgemeine Lokal- u. Strassenbahn-Gesellschaft.**  
Betriebsverwaltung Lübeck.  
Die Wiederaufnahme des Betriebes auf der Erweiterungsstrecke Israelsdorf  
**am Sonntag den 26. März er.**  
bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.  
Der im verfloßenen Jahre gültige Fahrplan und Tarif bleibt unverändert.  
Lübeck, den 22. März 1899.  
Die Betriebsverwaltung.

**Höchste Zeit!**  
ist es, um unsere colossalen Lager in **Confirmanden** anzufüllen zu räumen. Um dies zu erreichen, haben wir die bisherigen billigen Preise noch **bedeutend ermäßigt** und verkaufen von heute ab ohne Rücksicht auf die Einkaufspreise zu **wirklichen Schleuderpreisen:**  
Confirmanden-Anz., haltbar, statt 7 1/2 nur Mt. 5.  
Confirmanden-Anz., Cheniot, statt 10 nur Mt. 7.  
Confirmanden-Anz., Vudstin, statt 12 nur Mt. 8 1/2.  
Confirmanden-Anz., Stannig, statt 15 nur Mt. 10 1/2.  
Confirmanden-Anz., ff. Satin, statt 20 nur Mt. 15.  
Confirmanden-Anz., b. feinste, statt 27 nur Mt. 18 1/2.  
Bei Einkauf eines Confirmanden-Anzugs 1 Gut gratis!  
Sichereswerthe Auswahl in sämtlichen Neuheiten für die Frühjahr-Saison, sowie in reizenden Knaben-Anzügen für jedes Alter, in den neuesten Facons, concurrenzlos billig! Ladenpreise viel höher!  
**Welthaus Goldene 33**  
nur Breitestr. 33, eine Treppe (kein Laden). Winter-Garderoben jetzt zu jed. Preise!  
Fracks leihweise!

**Speise-Halle Hansa**  
Mengenstraße 24, I.  
Großer Mittagstisch von 11 1/2—2 Uhr.  
à Person 40 und 50 Pfg.  
Abendeffen von 6-9 Uhr.  
à Person 30 und 40 Pfg.

**Geschäfts-Gründung.**  
Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich am heutigen Tage **Mariegrube 10 ein Schuhwaaren-Geschäft** eröffne.  
Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, das mich beachtende Publikum durch solide Arbeit, billige Preise und schnelle Bedienung zufriedenzustellen und bitte um geist. Aufsehen.  
**H. Müller, F.W. Ramm Nachf.**

**„Hansa“**  
Privat-Paket- und Stadt-Brief-Beförderung  
Schmiedestr. 25, vom 31. März Sätzr. 38 Lübeck.  
Hierdurch erlaube ich mir, dem geehrten Publikum Lübecks und der Umgegend, welches mein jezt im 3. Jahre bestehendes Institut in so reichem Maße unterstützt, meinen Dank auszusprechen und bitte hieran die höfliche Bitte, die meinem Institut zur Beförderung zugehenden **Gratulations-Karten zur Confirmation** rechtzeitig frankirt in die Briefkästen der „Hansa“ werfen oder im Bureau, Schmiedestr. 25 einliefern zu wollen, um eine schnelle und sichere Beförderung ausführen zu können. Gleichzeitig die ergebene Mittheilung, daß mein Institut sich vom 31. März ab **Hürstraße 38** befindet.  
Den im Publikum vorherrschenden Gerüchten, daß die Privatposten am 1. April zu existieren aufhätten, trete ich hierdurch entgegen; sollte die Aufhebung der Privatposten früher oder später zum Geschehen werden, so werde ich unverzüglich das geehrte Publikum hiervon in Kenntniß und werden dann alle im Umlauf befindlichen Werthezeichen eingelöst.  
Hochachtungsvoll **Julius Jacoby.**

**Werkzeuge**  
für Maurer, Zimmerer, Tischler  
nur Ia. Qualitäten, empfiehlt  
Kadenburger Allee 10 b. **Carl Buchholtz.**

**Stadttheater in Lübeck.**  
Donnerstag den 23. März.  
Beste große Doppelvorstellung zu einfachen Preisen.  
**Der Mikado.**  
Hierauf:  
**Ein toller Einfall.**  
Freitag den 24. März.  
**Der fliegende Holländer**

## Deutscher Bauarbeiterkongress.

Hg. Berlin, 19. März.

Der deutsche Bauarbeiterkongress hat heute Abend hier in Kellers Festsaal, Köpenickerstraße, seinen Anfang genommen. Der große Saal ist festlich geschmückt. Von der Gallerie herab wehen zahlreiche rote Fahnen mit goldgelben Aufschriften. Auch an den Wänden sind viele rote Fahnen angebracht. Rechts und links auf der Bühne stehen auf roth ausgeschlagenen Postamenten die überlebensgroßen Büsten von Karl Marx und Ferdinand Lassalle.

Die Eröffnung des Kongresses wurde durch ein Vokal- und Instrumental-Konzert eingeleitet, bei dem außer einer Musikpelle zahlreiche Arbeitergesangsvereine mitwirkten, deren Vorträge besonders lebhaften Beifall fanden. Der Saal ist von einer festlich gestimmten Menge dicht gefüllt. An 400 Delegierte sollen darunter sein. Der Kongress ist von der seit etwa einem Jahre bestehenden freien Kommission für Bauarbeiterkongress einberufen.

Im Namen der Berliner Bauhandwerker begrüßt Gustav Link-Berlin die Delegierten. Seine kurze Ansprache klingt aus in ein dreifaches mit Begeisterung aufgenommenes Hoch auf die deutsche Bauarbeiterbewegung.

Dann bezieht Bömelburg Hamburg die Tribüne, um den Kongress mit einer Ansprache zu eröffnen. Bevor er jedoch die Eröffnung erteilt, giebt er eine Geschichte der Einberufung dieses Kongresses. Weitblickende Führer der Gewerkschaften hätten schon seit Jahren eingeschrieben, daß mit der Erlangung höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeit allein nichts gethan sei, daß die Gewerkschaften vor Allem die auf den Bauten sonst herrschenden Mißstände in den Bereich ihrer Wirksamkeit ziehen müßten. Schon 1895 brach sich dieser Gedanke Bahn. Es wurde eine Kommission zur Erforschung der Mißstände im Baugewerbe gewählt und versucht, Klarheit über diese Mißstände zu gewinnen. Es wurden 100 Orte ausgewählt, nach diesen wurden geeignete Personen entsandt, die dort mit den organisierten Arbeitern in Verbindung traten und die Bauten an diesen Orten besichtigten. Das hierdurch gewonnene Material bestätigte, ja übertraf alle Erwartungen. Das Material wurde sowohl Bauarbeitern wie Bauunternehmern und Behörden übermittelt. Im Frühjahr 1897 wurde darüber von der Generalkommission eine Broschüre herausgegeben und an den Reichstag wurde eine Petition gerichtet. So ist das Material auch der Reichsregierung übermittelt worden. Die Arbeit der Kommission war nun erfüllt, aber an der Sache selbst wurde nichts geändert. Im Frühjahr 1898 bildete sich nun die Kommission für Bauarbeiterkongress, die jetzt diesen Kongress einberufen hat. Die Kommission hat bis zur Einberufung des Kongresses eine rege Thätigkeit entfaltet. Die Bauarbeiter waren mit uns einverstanden. Das Geheul der Unternehmerpresse konnte uns nicht abhalten. Wir können ja auch nur auf Abhilfe hoffen, wenn einmal ein ganz energisches Wort gesprochen wird. Die vielen Tausende, die in den letzten Jahren durch die Schuld des Unternehmertums ihre gesunden Glieder eingebüßt haben, ihre Schmerzensschreie, ihr Unglück haben uns immer vorwärts getrieben und uns nicht ruhen und rasten lassen. So ist der Kongress zu Stande gekommen und ich eröffne hiermit den ersten deutschen Bauarbeiterkongress.

Das Bureau wird konstituiert. Bömelburg.

Hamburg wird zum Vorsitzenden, Friedrich Dresden zum Schriftführer ernannt. Zu Stellvertretern des Vorsitzenden werden Schröder (Zimmerer)-Hamburg, Silberstein (Maurer)-Berlin gewählt. Es erfolgt die Wahl der Schriftführer und Revisorführer, der Mandatprüfungskommission etc. An die Konstituierung des Kongresses schließt sich ein Festkommers an. Die geschäftlichen Verhandlungen beginnen Montag früh 9 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zwei Themata: 1) Der Bauarbeiterwindel und das Submissionswesen. Referent A. Brinckmann-Hamburg. 2) Die Unfallgefahr und Mißstände in sanitärer Hinsicht im Baugewerbe. Referent Baepflow-Hamburg. 3) Antithe.

## Soziales und Partei-Leben.

In Bielefeld sind sämtliche Tapezierergesellschaften in einen Ausstand getreten. Auszug ist fernhaltend; Gelder sind an C. Schawne, Bielefeld, Weststraße 29 zu senden.

Die beiden letzten Opfer des Essener Meineidsprozesses gegen Schröder und Genossen leben in einigen Wochen in die Freiheit zurück, nachdem dieselben bis auf die letzte Stunde die ihnen auferlegte Strafe verbüßt haben. Am 3. April, also am Ostermontag, wird der Bergwirth Graef aus dem Zuchthaus entlassen, sieben, vielleicht auch zehn Tage später folgt der hiesige Bernthilde Joh. Meyer. Weiterer muß deshalb länger hinter den Zuchthausmauern weilen, weil er sieben Tage Urlaub, die er aus Anlaß des Todes seiner Gattin voriges Jahr erhielt, nachholen hat, und ferner noch eine Haftstrafe von 30 Mark, zu welcher er vor vier Jahren in Bochum wegen Freibergens verurtheilt worden — er hatte einmal vergriffen, von einer Nummer der „Vergewaltigter“, das Pflanzensymbol bei der Polizei bezw. Staatsanwaltschaft einzuliefern — zu erlegen hat, an deren Stelle drei Tage Haft treten. So wird Meyer, dem während der Verbüßung der entsehligen Strafe Frau und Kind gestorben, erst am 10., vielleicht erst am 13. April der Freiheit wiedergegeben. Eine am Sonntag stattfindende Vertrauensmännerversammlung beschloß, zu Ehren der beiden Kameraden am Sonntag, den 16. April, eine Empfangs- und Begrüßungsfeier zu veranstalten, bei welcher der Lebensgefährte der Unglücklichen, Ludwig Schröder, die Begrüßungsansprache halten wird.

## Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** Das Gefährt eines Ziegelbesizers wurde bei Posen von einem Personenzug überfahren. Der Besizer und sein Begleiter wurden sofort getödtet. Der Rittmeister rettete sich durch Abpringen. — Sonntag lehrte der Barock eines Oberleutnants in Schwabisch-Gmünd mit dessen Gefährt von Öppingen zurück, und ließ unterwegs zwei Männer aufsteigen. Beim letzten Bahnhofsübergang schenkte das Pferd und brach die gescheitene Barriere, gerade als der Zug von Gmünd vorüberfuhr. Ein Fuhrer des Gefährts wurde sofort getödtet, der zweite am Kopf, der Barock am Rücken schwer verletzt. Das Pferd wurde von der Lokomotive völlig zertrümmert und das Gefährt zertrümmert — Festliche Stürme verursachten am Sonntag großen Schaden in mehreren Städten von Arkansas, Alabama und Georgia. 18 Personen sollen dabei das Leben eingebüßt haben, 16 davon in Alabama.

Drei Pfund Tabak verbraucht durchschnittlich jährlich jeder Deutsche (Mann, Frau und Kind). Nach der amtlichen Statistik für das Jahr ist der Umsatz des Tabakbaues in Deutschland, der seit 1892 eine stetige

Bunahme zeigte (von 14 730 auf 22 077 ha), im Jahre 1897 etwas, wenn auch unwesentlich, zurückgegangen. Die bebauete Fläche betrug 21 567 ha. Die 1897er Tabaklernte ist der Menge nach in Süd- und Mitteldeutschland meist recht gut, in Norddeutschland dagegen in der Regel nur mittelmäßig, zum Theil gering ausgefallen. Im Ganzen wurden geerntet 453 410 dz (1896: 462 666 dz) Tabak (in trockenem, dachreifen Zustande), das ist 21 dz auf 1 ha, ebensoviel wie 1896. Der mittlere Preis (einschließlich Steuer) für 3 dz trockenen, dachreifen Tabak stellt sich auf 75,8 Mk. (1896: 80,4 Mk.). Die Erntehöhe aus der Besteuerung des inländischen Tabaks belief sich auf 12,9 Millionen Mark, an Zoll von ausländischem Tabak und Tabakfabrikaten wurden erhoben 52,1 Millionen Mark. Nach Abzug der Ausfuhrvergütungen verblieb ein Abgabenertrag von 64,6 Millionen Mark, d. i. auf den Kopf der Bevölkerung 1,19 Mark. Der Verbrauch an Tabak — ungerächnet auf Rohtabak in fabriktionsreifem Zustande — betrug im Durchschnitt der letzten 7 Jahre 1,6 kg, in 37jährigem Durchschnitt 1,5 kg auf den Kopf der Bevölkerung.

„Inhaber dieses gelobt, daß er die Sozialdemokratie in keiner Weise unterstützen will. Dagegen will er im Falle einer Landtags- wie Reichstagswahl treu für Kaiser und Reich, für Fürst und Vaterland eintreten und nicht dem Kandidaten der Sozialdemokratie seine Stimme geben. Er will, wenn er in Wirthshäusern, bei Versammlungen oder bei anderer Gelegenheit Kameraden antrifft, welche sozialdemokratische Grundsätze ausprechen oder betätigen, dieselben unterzüglich beim Vorstand zur Anzeige bringen, damit die Ausweisung aus dem Verein erfolgen kann.“ So lautet ein Bausatz, der jüngst den Mitgliedern des Kriegervereins zu Nieder im Harz in ihre Mitgliedsbücher eingeklebt wurde. Wahrscheinlich ist es anderswo gleichfalls geschehen. Aus Fresse wird dem „Volksblatt für Anhalt“ mitgeteilt, daß dieselbe Erklärung mündlich und mit Handschlag abgegeben werden mußte. Und sie wurde abgegeben von Allen bis auf einen Einzigen, der freimüthig erklärte, die Erklärung nicht abgeben zu können. Was soll man nur zu solchem Vorgehen sagen? Politik zu treiben ist den Kriegervereinen geshichtlich verboten, und hier wird sie in frecher Uebertretung des Gesetzes getrieben. Ja noch mehr. Die Reichstags-, wie auch die Landtagswahl ist nach dem Gesetz eine geheime. Das Gesetz selber will, daß Jeder sein Wahlrecht nach seinem Gewissen ausübe. Und da kommen die Kriegervereinsvorsitze her und wollen ihre Mitglieder zu Wahl der Ordnungskandidaten fast eidlich verpflichten. Wahrscheinlich, wenn es je einen groben Unfug gegeben hat, wie ihn die Justiz sonst so gewandt zu handhaben versteht, dann liegt er hier vor. Das Maas der Verachtung, das wir empfinden, erreicht aber seinen Höhegrad, wenn wir den letzten Satz durchlesen, der zur Denunziation sozialdemokratischer Aeußerungen und Bethätigungen auffordert. Das ist ja ein Prachtbeispiel für die Charaktererziehung, welche der Kriegervereine würdig erachtet wird. Was sind denn sozialdemokratische Aeußerungen und Bethätigungen? Wahrscheinlich jede auch noch so geringe Bekundung von Unzufriedenheit. Das wird ja eine schöne Kezerrichterlei werden. Man fahre nur so fort! Mit solcher Gesinnung und solchen Kriegervereinen wird die Sozialdemokratie auch noch fertig.

Grünenthal in Budapest. In der Staatsdruckerei ist

## Der Vogt von Sylt.

Erzählung von Theodor Mügge.

(28. Fortsetzung.)

„Um so nöthiger sind treue und wahrhafte Rathgeber“, sagte Vornsen unmiethig, „und um so besser vielleicht, daß der König selbst sich ein so kräftiges Alter bewahrt hat.“

„Hoffen Sie auf den auch?“ fragte Björning spottend. „Er hat den altdänischen Despotismus des Königsgefolges und die unantastbare Weisheit von Jngund auf eingefogen, die hier beinahe zwei Jahrhunderte lang, ohne Widerstand zu finden, gewaltet haben. Vor 1660 tyrannisirte der Reichsrath dies Volk, von da an bis jetzt wurde es erlöst durch den väterlichen Herrscherwillen der Könige, die dem Ruffe des Abels entflohen waren. Ein solcher König, der garrnisch begreift, wie er seine Macht mit ungerathenen Kindern theilen könnte, deren Insolenz sich untersteht nach seinen Rechten zu greifen, ist dieser alte Friedrich auch. Er ist ein drittiger, verknöchert Geist; eine Art Korporal, der nach dem Erzerzireglement lebt und was nicht darin steht, als nicht existierend betrachtet; aber dennoch haben Sie recht, für Ihre Sache mehr von ihm zu hoffen, als von dem ewig lächelnden, höflichen Prinzen. Dieser alte polternde König hat Dänemark ruiniert, allein in guter Absicht und mit dem redlichsten Willen das Beste zu thun. Immer waren die Ereignisse mächtiger als er, und wie sein Unglück rührend ist, so ist die beschränkte Ehrlichkeit seines Charakters eine gewisse Bürgschaft gegen offenes Unrecht. Er wird nimmermehr zugeben, daß die deutschen Herzogthümer dänisch werden. Das jetzige Geschrei von der Inkorporation Schlesiens prallt an seiner Ueberzeugung ab, aber ebensowenig wird er jemals dazwischenwilligen, daß seine Länder, diesseits oder jenseits des Belts, die Verfassung freier Völker bekommen, welche sie zu fordern haben.“

„Mit dem Kronprinzen verhält es sich anders“, fuhr er nach einem Augenblicklichen Schweigen fort, indem er Vornsen prüfend anblickte. „Er müßte von den Umständen sehr begünstigt sein, oder die Stunde wird ihn finden, wo er die dänische Verfassung so freundlich lächelnd unterzeichnet, als wenn die guten Bürger von Kopenhagen ihm ein Diplom zur Ernennung eines Bürgermeisters vorlegen.“

„Mit dieser Gewißheit kann man zufrieden sein“, fiel Jens ein.

„D!“ rief Björning lachend, „man wird ihm Norwegen nie vergeßen; aber sehen Sie um sich, Herr Vornsen, und fragen Sie sich, was kommen muß. Ehe es zu einer norwegischen Freiheit hier kommt, zu jener demokratischen Freiheit, die von keinen Standesrechten weiß, und keine Lügen duldet, wird mancher heiße Tag kommen. Dänemark mit seinem mächtigen, geprägten Bauernstand und seiner feurig drängenden Jugend wird allen Widerstand endlich überwinden, was aber die Herzogthümer betrifft, so werden sie zwar frei werden, wie wir, aber sie werden Dänen werden müssen.“

„Wir wollen es abwarten“, sagte Vornsen kalt. „Der alte König Friedrich hat schlaue Diener genug.“ fuhr Björning fort, „die ihm täglich sagen, der Streit über Nationalität und Trennung sei gut, die Uneinigkeit ganz vortrefflich. Mit dem einen Theile halte man den andern in Schach und habe damit den schönsten Ableiter für alle verwegenen Forderungen. Leider ist es so, Herr Vornsen; leider lassen sich die, die sich lieben sollten, und dieser unnatürliche Haß wird sich steigern, endlich vielleicht bis zu Blut und Mord, bis zum rasenden Fanatismus des Rassenkrieges, zur Freude des Absolutismus, dem kein Schauspiel lieber sein kann.“

„Darum“, sprach Vornsen erregt, „ist es nöthig, heizzeiten gerecht zu sein.“

„Was nennen Sie Gerechtigkeit“, rief Björning, „Däne-

mark wird niemals Schleswig von sich lassen; Dänemark will nicht! — Vereinigt euch mit uns, reicht uns die Hände, wir wollen einen anderen festeren Bund schließen, als jene elende Inkorporation, die nichts ist als der Dedmantel für die Sünden und Verbrechen vergangener Jahrhunderte.“

„Dänen werden?“ sagte Vornsen mit erhöhter Stimme, „niemals!“

„Niemals?“ wiederholte Björning; „das sagt kein Mann des Volkes, kein Mann der Freiheit. Erkennt sich das Glück der Menschen nach der Sprache, schneidet es sich ab mit dem Dorte, wo ein anderer Stamm wohnt? Nein, Glück und Wohlsein hängen ab von Gesetzen und Einrichtungen, von verbürgter Freiheit und gleichmäßigen Rechten aller, die demselben Staate angehören. Ein gemeinsames Vaterland weiß nichts von Sprachgrenzen, es kennt nur gleiche und freie Bürger, und warum wollt ihr dies nicht mit uns sein? Warum wollt ihr mit eurem Haße uns und euch selbst verderben?“

„Weil ihr uns dahin gebracht habt durch Druß und Unrecht“, erwiderte Vornsen, „weil es unser Recht ist, Deutsche zu sein und zu bleiben, weil tausend feste Fäden des Lebens uns mit unserm wahren Vaterlande verbinden.“

„Sehen Sie nach Frankreich hin“, sagte der Däne. „Es besitzt seine deutschen Provinzen seit länger als einem Jahrhundert. Alle die alten festen Feinden sind zertrümmert, und gerade diese Deutschen sind die besten Franzosen geworden.“

„Mag es sein, wie Sie sagen“, versetzte Jens; „dann aber liegt es darin, daß diese Provinzen gewaltthätig erobert wurden zu einer Zeit, wo des Volkes Wille nichts war. Jetzt aber fühlen sie sich wohler, weil es ihnen besser geht bei den Freunden, wie im eigenen Hause.“

„Und dies gütige Schicksal sollt auch ihr empfangen“, fiel Björning ein, „auch ihr sollt euch wohler fühlen bei uns

eine seit längerer Zeit begangene Unterschlagung von ausgemusterten Briefmarkenbogen entdeckt worden. Das Haupt der Briefmarkendiebe war der frühere Reichstags-Abgeordnete Szeisdy. Dieser besah früher ein Gut, das von Wahlenrollen verschlungen worden ist. Szeisdy glaubte sich von dem Kaiser heuchelhaft und unternehm vor einigen Jahren den Versuch, den Kaiser mittelst einer Bombe zu töten. Von den Ärzten für geisteskrank erklärt und in eine Irrenanstalt übergeführt, fand er, nachdem er als gesund entlassen worden war, eine Anstellung im Finanzministerium als Rechnungskontrollor. Er begann mit der Entwendung von Briefmarkenbogen im August vorigen Jahres. Diese Bogen werden der Regel nach durch die Verfertigung übergeben. Es sind bestimmte den Kaiser Andreas Gasparel gegen die Befreiung einer hohen Belohnung, die Briefmarkenrollen in die Preiskammern zu legen, wenn diese bereits erschossen wären. Sobald die Kommission, die nur in den seltensten Fällen sich durch den Augenschein von der erfolgten Verbrennung überzeuge, sich entfernt hatte, nahm Gasparel die noch vorhandenen angestrichelten Rollen heraus und übergab sie Szeisdy. Dieser betraute mit der Verwertung der Marken den früheren Kaffeehändler Fay, den Ewosten Kubinka und den Handlungsgehilfen Privisco. Mit Kubinka, der Szeisdy's Hausnachbar war, war Szeisdy durch seine Frau bekannt geworden; gegenwärtig schwebt ein Schidungsprozess zwischen Szeisdy und seiner Frau, die bei Kubinka in Pst verweilt, während Szeisdy selbst in Ofen wohnt. Fay war der Freund Szeisdy's und machte ihn mit Privisco bekannt. Ueber die Höhe der im Umlauf gehaltenen Marken ist genaues noch nicht bekannt. Es handelt sich jedenfalls um viele tausend Gulden. Die Entdeckung erfolgte durch die Geliebte Privisco's, die sich von ihm hintergangen wähnte und sich zu rächen beschloß, indem sie an die Oberhauptmannschaft eine anonyme Anzeige richtete.

**Heroismus eines jungen Mädchens.** Den „S. M. N.“ wird geschrieben: Im Kranterhause zu Woiwit in Rußland befand sich ein junger Mann von 19 Jahren, der seit vier Monaten an einem bössartigen Geschwür litt. Nachdem die Ärzte die verschiedenartigsten Mittel ausprobiert hatten, ohne einen dauernden Erfolg zu erzielen, entschloß er sich, die Wunden des Geschwürs, die sich an Stellen ein Stück gehäuteter menschlicher Haut anzubringen sei, das er der Haut des Patienten entnehmen wollte. Dieser aber weigerte sich entschieden, sich ein Stück Haut auszuscheiden zu lassen. Der Thor wollte sich lieber das Leben nehmen. Da stellte freiwillig die Pflegerin des Krankenhauses, Justina Amosowna Kobitschik, dem Arzte ein Stück ihrer eigenen Haut zur Verfügung. Der Arzt schnitt ihr von der rechten Schulter das nöthige Stück von der Größe einer halben Handfläche ab und brachte es auf der wunden Stelle des Patienten an. Der junge Mann ist nun vollständig dadurch gesund geworden. Die Stadtverwaltung zu Woiwit hat dem jungen Mädchen öffentlich ihre Bewunderung für den bewiesenen Heroismus ausgedrückt.

**Der Hotelbrand in New-York,** von dem wir in Nr. 68 unseres Blattes meldeten, erweist sich als eine der furchtbarsten Brandkatastrophen. Das Windsor-Hotel, welches den ganzen Block in der fünften Avenue zwischen den Straßen 46 und 47 einnahm, war sieben Stock hoch und hatte 300 Zimmer. Es war vor 26 Jahren gebaut und galt stets als sehr feuergefährlich. Freitag Nachmittag um 3 1/4 Uhr, als alle Fenster dicht besetzt waren, um die St. Patricks-Prozession zu sehen, brach das Feuer im zweiten Stock dadurch aus, daß eine Gardine in die Nähe einer Gasflamme geriet. Die Flammen pflanzten sich mit rasender Eile durch die Korridore fort, das Hotel sofort mit Rauch anfüllend. Die unteren Geschosse standen in wenigen Minuten in vollen Flammen. Männer, Frauen und Kinder drängten an die Fenster und auf's Dach, indem sie entschlossen um Hilfe schrien. Die Feuerwehr war wenige Minuten darauf zur Stelle. Als eben die ersten Leitern angelegt wurden, sprang eine Dame aus einem Fenster des fünften

Stockwerkes, sie wurde bewußtlos fortgetragen; vier Damen folgten, sie alle blieben auf der Stelle todt. Ein Herr ließ aus dem vierten Stock eines seiner Kinder nach dem anderen an einem Seil herab. Der Querschnitt brachte bereits aus einem Fenster, als alle Feuergefahr waren. Glücklicher Weise erreichten die Feuerwehrlente auch ihn und retteten ihn mit seiner Gattin. Ein Feuerwehrmann holte, auf dem Ende einer Leiter stehend, zwei Damen aus einem Fenster des sechsten Stockes und reichte sie einem andern Feuerwehrmann, der sie dann hinastrug. Viele Frauen hingen an den Fenstern und schrien herzzerreißend um Hilfe. Wüthlich fiel die ganze Frontmauer ein, wenige Minuten danach stürzten die Seitenwände zusammen. Wie viele Personen in der Muth begraben sind, ist noch unbekannt. Man besüchtelt, daß es mehr als fünf und zwanzig sind, nach einigen Schätzungen sollen es fünfzig sein. Viele sind schwer verletzt; die Wundmalen schafften zahlreiche Verletzungen den Strömungen die Sacramente auf der Straße. Dreihundert Personen sollen bei dem Ausbruch des Feuers im Hotel anwesend gewesen sein. Unter den Geretteten befindet sich der Bruder des Präsidenten, Adm. Mc. Kaly mit Frau und Kindern Frau Kaly, die Gattin eines in Baltimore anwesigen Millionärs, eine ältere Dame, sprang vom Dach und wurde in ein Haus der fünften Avenue getragen, wo sie bald starb. Der Wächter des Hotels, welche Tochter und Gattin; er selbst kämpft mit dem Tode. Soweit bis Sonnabend bekannt war, sind beim Brand zwölf Frauen und zwei Männer zum Opfer gefallen und 34 Personen, meistens Frauen, verletzt worden. Es wird aber noch eine Reihe von Personen vermißt, über deren Anzahl die Angaben zwischen 50 und 70 schwanken. Es müßten sich die Angelegenheiten dafür, daß das Hotel von Dieben in Brand gesteckt worden ist.

### Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist toeben das 26. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: — Pariser Theater. Von Dr. Follie Hoffig-Brachall. — Der Alkoholismus. Von Dr. Alb. Edelmann. — Zur Frage bei den Krankenassen Von Eduard Größ. — Fortschritte in Argentinien. Von Hermann von Vallemant. Litterarische Mundschau. — Fruktion: Wenn die Weltkugel stehen. Eine skizze Erzählung von Heintz Pontoppidan. (Schluß.)

## Standesamtliche Nachrichten.

Vom 12. bis 18. März 1899.

### Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.

7. Kaufmann Franz Joseph Wronsk. Altkamer Friedrich Bernhard Christian Franz 8. Maschinenführer Johannes Christian Hebermeier. 9. Arbeiter Hermann Jochen Friedrich Wilhelm Klatt. Arbeiter Carl Ludwig Jacob Peter. Woldemar Lindenberg. 11. Arbeiter Hermann Thodor Thodor Friedrich Thodor. Schneidergehilfe Robert Wilhelm Eduard Schent. Maschinenführer Heinrich Wilhelm Rathack. 12. Arbeiter Ernst Heinrich Friedrich Kempke. Arbeiter Johann Joachim Carl Thiel. Zimmergehilfe Wilhelm Christian Joachim Behrmann. 13. Arbeiter Wilhelm Friedrich Johann Schwibrogg. Maurergehilfe Heinrich Felix Wilhelm Ruthenbed (Tremie). 14. Wäckergehilfe Johann Carl Albert Hub. Arbeiter Ernst Carl August Deuzin Kaufmann Heinrich Sievers. Arbeiter Johannes Georg Adolph Wilhelm. 15. Arbeitermann Carl Ludwig Teus. Stellmacher Ernst Joachim Heinrich Greve. 16. Arbeitermann Johannes Heinrich Maß. Arbeitermann Johann Joachim Karl Näher.

b) Mädchen. Namen und Beruf des Vaters.

8. Arbeitermann Bernhard Christian Friedrich Hasselst. 9. Zimmergehilfe Heinrich Christian Conrad Fischer. 10. Maler Hans Friedrich Gerhard Fied. Versicherungsbeamter Gustav Heinrich Zaun. Tischlerei-Versicherer Heinrich Christian Wilhelm Buch. 11. Buchbinder Hermann Johannes August Groth. Barbier und Feinere Joachim Heinrich Wilhelm Niemann. 12. Arbeitermann Carl Heinrich Friedrich Steinfeldt Kanzlist des Hypothekensamts Carl Joachim Andreas Strauß. 13. Wäckergehilfe Hermann Friedrich Wilhelm Green. Bädergehilfe Ernst Louis August Schulz. 14. Arbeitermann Ernst Hermann Müller. 15. Schlachter Jobb. Christian Friedrich Heid. Bodenweber Matthias Fuchs. Daniel

Dobbertin. 16. Arbeitermann Heinrich Friedrich Gustav Fred. Agent Friedrich Carl Sommerkamp 17. Arbeitermann Carl Friedr. Ludwig Duff. Schächtermeister Carl Reinhold Carl Lantisch. 18. Arbeitermann Friedrich Georg Wilhelm Bels. Tischler Louis Christian Theodor Altseiber.

### Sterbefälle.

März. 11. Anna Margaretha Christina geb. Schult, Ehefrau des Privatmannes Heinrich Ulrich Carl Ross, 85 J. Ein todtgeb. Mädchen, B.: Baumeister der Lübeck-Büchener Eisenbahn Gesellschaft Carl Eugen Pinner. Ein Mädchen, 2 T., B.: Mutter Hans Friedrich Gerhard Fied. Minna Friederike Frieda 29 Jahre, 23 J. 12. Ein Knabe, 1 M., B.: Kaufmann Johann Jochen Wilhelm Bohndorf. Elisabeth Dorothea Maria geb. Halsebach, Witwe des Arbeitermannes Johann Hermann Wilh. Kohn, 77 J. Arbeitermann Heinrich Friedrich Andreas Hermann Johannes Fied, 80 J. Händler Christoph Carl Heinrich Wilhelm, 83 J. Fritz Heinrich Johannes Engelke, 6 J. Robert Schmitz, 1 T. 13. Maria Katharina Wilhelmine Marie Archow, 1 J. Elisabeth Katharina Elisabeth Fied, 48 J. Wilhelm Carl Ernst Vornbach, 14 M. Arbeitermann Christian Friedrich Orell gen. Orell, 64 J. 14. Maria Dorothea geb. Böcker, Wittwe des Arbeitermannes Carl Friedrich Wilhelm Schmidt, 69 J. 15. Otto Julius Siemens, 14 M. Katharina Maria Elisabeth geb. Meyer, Ehefrau des Arbeitermannes Hans Joachim Heinrich Sophier, 64 J. Hans Heinrich Hermann Wagner, 10 M. Katharina Margaretha geb. Müller, Wittwe des Wäckerers Christ. Friedr. Carl Erdmann, 88 J. 16. Arbeitermann Carl Christian Friedrich Oertel, 64 J. (Witwenst. h.). Käthe Marie Julie Sophie Kamm, 8 M. (Witwenst.). Arbeitermann Thodor Friedrich Häßlag, 64 J. Louise Henriette Maria Dorothea Wübbogen, 16 J. Arbeitermann Carl Maj wale, 31 J. (Witwenst.). 16. Elise Johanna Auguste Pech, 25 J. Anna Juliana Marie Niemann, 9 M. Arbeitermann Friedrich Friedrich August 76 J. Johanna Halsefeldt, 8 T. 17. Privatier Friedrich August Adolph Berens, 69 J. Wächter August Deuten, 25 J. Privatmann Johann Delfen Friedrich Koth, 70 J. 18. Anna Sophia Elisabeth geb. Steffen, Ehefrau des Fabrikarbeiters Ernst August Adolph Bauger, 40 J. Carl Carl Ernst Thodor Wilhelm Albert, 6 J. Neptischlagermeister Heinrich Adolph Friedrich Wehler, 64 J.

### Ungeordnete Aufgebote.

15. Tischler Joachim Heinrich Friedrich Pose und Louise Maria Wehndel zu Travemünde. Wäckerer Hugo Bruno Theodor Hoff und Elisabeth Wilhelmine Sophie Stegmann. Tischler Otto Carl August Wilhelm Häßel und Auguste Christine Dorothea Lange zu Rönnd. Wäckerer Wilhelm Wilhelm Gustav Seelhorst und Anna Henriette Therese Maria Caroline Katharina. Arbeiter Otto Friedrich Carl Johann Kempe und Anna Maria Henriette Wald. Wäckerer Alban Carl Bachmann und Johanna Katharina Friederike Wagner. Stellmacher Wilhelm Johann Heinrich Joachim Wit und Sophia Elisabeth Dorothea Parks zu Wrevesmühlen. Arbeiter Johannes Julius Brule und Maria Katharina Henriette Baumwater, beide zu Rempelsdorf. Kaufmann Jakob Eberhardt zu Wamburg und Louise Wilhelmine Henriette Ida Johanna Deuitt. 14. Tischlermeister Heinrich Carl Gottfried Steinfall und Marie Katharine Magdalene Form zu Döllau. Wäckerermeister Fritz Carl Georg Meyer und Anna Schult. Maurer Adolph Johannes Wilhelm Hale und Marie Sophie Elisabeth Olmann. 15. Mechaniker Friedrich Heinrich Johann Jäger und Dorothea Catharina Elisabeth Dieckel. Schenkermeister Heinrich Christian Johann Thodor Specht und Johanna Caroline Leopoldine Richter. 16. Arbeiter Johann Johann Hermann Hinrich Meis und Anna Maria geb. Meyer, des Arbeiters Johann Heinrich Christian Deuder Wittwe. Arbeiter Christoph Johann Heinrich Samara und Carl-Lotte Caroline Maria Dorothea Järls. 17. Commis Carl Wilhelm Christian Wolke und Marie Christine Dorothea Niemann. Schmidt Georg Friedrich Heinrich Stockisch zu Wismar und Marie Elisabeth Järls. Zimmermann Ludwig Thodor Friedrich Schweiß und Anna Sophie Wilhelmine Salt. Arbeiter Carl Otto Risp und Henriette Sophie Johanne Dahlstein zu Vooker. Schuttmann Heinrich Friedrich Wilhelm Ritter und Marie Luise Emilie Blach zu Homeln. Aecht Hermann Rudolph Naal zu Barmstedt Naal und Caroline Clebelich zu Groß-Tsurum. 18. Stations-Assistent Friedrich Wilhelm Zimmermann zu Ahrensburg und Christiane Auguste Minna Wästel. Tischlermeister Johannes Carl Daniel Brudens und Sophie Dorothea Auguste Witt zu Gohmshund. Lehrer Wilhelm August Johann Friedrich Langmann und Clara Luise Caroline Mathilde Wästel zu Köbel. Maurer Fritz Heinrich Christian Wölter und Luise Wiele zu Wästel.

### Geschickungen.

14. März. Kaufmann Heinrich Wilhelm Christian Rubien zu Dassel und Elise Sophia Magdalena Rubien. 15. Kaufmann Friedrich Heinrich Christoph Koopmann und Catharina Johanna Frieda Mehl. Arbeiter Johann Joachim Heinrich Siemers und Ida Helene Günther. 16. Wäckerer Carl Hans Johann Heinrich Passow und Elisabeth Johanna Niemann. 18. Arbeiter Paul Heinrich Christian Rath und Emma Elise Wästel Otto. Arbeiter Ludwig Johannes Friedrich Wols und Johanna Caroline Marie Doris Reule. Tischler Jacob Heinrich Emil Brand und Elise Marie Dorothea Paulsen. Arbeiter Carl Johann Friedrich Knoll und Catharina Margaretha Elisabeth geborene Krüger, des Händlers Ludwig Carl Christian Holtzsch geschiedene Ehefrau. Fabrikarbeiter Julius August Brand zu Dörmund und Johanna Sophie Auguste Kohnen.

und mit uns, wie in dem zerrissenen Deutschland, das man nicht weiß, wo man es suchen soll.“

„Unter der Last seines Unglücks,“ sagte Vornsen stolz, „bleibt es dennoch das große, mächtige Volk. Was kann uns Dänemark geben, was wir nicht selbst erwerben können?! Ihr wollt uns frei machen, wir werden frei sein. Ihr gehört nicht zu uns, wir wollen nichts von euch. Nichts als unser Recht verlangen wir, nichts als Unrecht haben wir erduldet. Wahre jeder dies und gebe heraus, was ihm nicht gebührt, dann wollen wir gern zusammen gehen und kein Haß wird uns länger trennen.“

Sie waren auf den großen Neumarkt gekommen und standen dort still.

„Hören Sie ein letztes Wort von einem Freunde, der Sie achtet,“ sagte Björning. „Sie jagen Phantomen nach, unter den Fingern werden diese Ihnen entwinden. — Glauben Sie, daß Lina —“

„Herr Björning!“ sagte Vornsen zurücktretend.

„Es ist gut, daß ich Ihnen den Namen des Fräulein von Hammerstein nenne,“ fuhr jener fort, „sie ist bestimmend in Ihr Leben getreten. Eines aber will ich Ihnen bemerken: es giebt keine stolzere Dänin, als diese junge, schöne Dame; kein kühneres Herz voll Vaterlandsliebe und keine andere Sicherheit es zu gewinnen, als auf dem Wege, den ich Ihnen gezeigt habe.“

„Fräulein von Hammerstein steht fernab von Ihrem Wege, wie ich denke,“ erwiderte Jens.

„Nicht so weit wie es scheint,“ gab Björning zur Antwort. „Sie theilt nicht die Gesinnungen ihres Vaters. Ihr freier Geist nimmt einen andern Flug. Ich glaube, Herr Vornsen, daß der Konferenzrath bemogen werden kann, einen

ausgezeichneten Kopf, der sich von ihm leiten läßt und ihm getreulich dient, mit der Hand seiner Tochter zu belohnen, vorausgesetzt, daß sich alles so macht wie er wünscht; ich glaube aber nicht, daß Lina sich zwingen läßt einen Mann zu nehmen, selbst wenn sie ihn liebt, der nicht denkt wie sie und nicht alles für sie opfern mag.“

„Opfer! Wer hat Ihnen das gesagt?“ rief Vornsen erschreckend, als er diese Worte hörte.

„Wollen Sie mich begleiten,“ sagte Björning. „Ich führe Sie in einen Kreis gleichgesinnter Freunde. Sie sollen manche Aufschlüsse bekommen.“

„Ich kann nicht mit Ihnen gehen, ich kann nicht wollen, was Sie wollen“, erwiderte Vornsen nach einem kurzen Bedenken.

„Dann leben Sie wohl, Herr Staatsrath Vornsen“, rief Björning, indem er sich entfernte. „Vielleicht kommt die Stunde bald, wo sie anders denken werden.“

11.

„Sie haben ganz unverzeihliche Fehler gemacht, mein lieber Vornsen“, sagte der Staatsrath, als Jens am andern Tage in sein Zimmer trat, „und hätten Sie die Blöße Ihrer Umgebungen sehen können, Sie würden vor Schrecken erstarrt sein.“

„Ich begreife in Wahrheit jetzt noch nicht, welches Unglück ich eigentlich verschuldet“, erwiderte Vornsen.

„Heilige Unschuld!“ rief Hammerstein lächelnd, „aber ich lasse es mir doch nicht nehmen, daß eine gewisse tugendhafte Schelmerei Sie dazu trieb. Lina meint zwar, es sei ganz einfach und ehrlich gemeint gewesen, allein ich glaube es nicht, denn so viel wußten Sie jedenfalls von den Ver-

hältnissen, daß leidenschaftliche Hingebung zu schönen Frauen eine der ritterlichen Verirrungen des Kronprinzen einfließen war.“

„Die Norweger haben ihm dafür den Namen Schürzenkönig gegeben“, fiel Jens lustig ein.

„Seyen Sie wohl, Sie Schelm“, sprach der Staatsrath mit dem Finger drohend, wie recht ich habe. Sie haben spekulirt mit Ihrer Sottise, ob mit voller Absicht oder den Zufall des Augenblicks benutzend, ist einerlei. Der König in seiner sittlichen Strenge läßt keine Gelegenheit vorüber wo er ein derbes Wort sagen kann gegen Sinnlichkeit, Weiberliebe und Ausschweifungen, die ihm verhaßt sind. Die Zeit ist jedoch vorbei, wo solche Worte gut angewendet waren aber die Erinnerungen bleiben fatal, und namentlich jetzt muß es dem Kronprinzen höchst unangenehm sein, irgent einen nachträglichen Denkwort zu bekommen.“

„Es sollte mich tief betrüben“, erwiderte Jens, „wenn der Prinz denken könnte, daß eine Absicht mich verleitet eine Sentenz auszusprechen, die in ihrer Allgemeinheit wahr ist.“

„Seien Sie ruhig“, sprach Hammerstein, „der Prinz ist viel zu gnädig und großmüthig, um nicht das Beste zu glauben und alles auf Rechnung des Zufalls zu setzen. Aber, mein junger Freund, Sie sehen beim ersten Schritte wie glatt der Boden ist, auf welchem Sie sich bewegen, und wie leicht man darauf fallen kann. Es ist nicht genug die schiefe zu studiren und viele Kenntnisse zu sammeln, man muß auch Verhältnisse und Menschen genau beurtheilen und niemals eine Blöße geben.“

(Fortsetzung folgt.)